



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

TY 6432A

1969

Montag, den 13. Oktober 1969

Nr. 41

	Seite		Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —		Aufstufung der Gemeindestraße (Kehrbachweg) und Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 21 in der Gemarkung Molzbach, Landkreis Hünfeld	1706
Generalkonsulat von Venezuela in Hamburg; hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Dr. Hely la Riva Araujo	1701	Aufstufung der im Zuge der Landesstraße 3262 gelegenen Gemeindestraße (Gabelsberger Straße) und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3262 in der Ortslage Sprendlingen, Landkreis Offenbach	1706
Verlust eines konsularischen Ausweises	1701	Gewährung von Trennungsgeld	1706
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 9. 1969 bis 26. 9. 1969	1701	Hessische Trennungsgeldverordnung	1707
Der Hessische Minister des Innern		Zivile Landeplätze	1707
Vorbereitungslehrgang mit staatlicher Prüfung für Schwimmmeister(innen)	1702	Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	
Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Burgsolms, Landkreis Wetzlar	1702	Sozialhilfe; hier: Anrechnung von Kinderzuschlägen zu Dienst- und Versorgungsbezüge des öffentlichen Dienstes	1709
Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Stedelsbrunn und Wald-Michelbach, Landkreis Bergstraße	1703	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten	
Der Hessische Minister der Finanzen		Anweisung für die kartographische Bearbeitung der Flurbereinigungsschätzung	1709
Anwendung des § 70 Abs. 2 RHO auf den Landeshaushalt	1703	Auflösung der Hessischen Forstwardel Gonterskirchen, Hessisches Forstamt Laubach	1710
Fachtechnische Vorprüfung der Bauausgaben des Bundes	1703	Umbenennung der Hessischen Revierförsterei Kirchltheim im Hess. Forstamt Vöhl	1710
Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	1703	Personalmeldungen	
Änderung von Fernsprechnummern	1703	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1710
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	1710
Bekanntmachung über die Prüfung für Wirtschaftsprüfer im Frühjahr 1970	1704	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr	1711
Widmung der im Zuge der Bundesstraße 38 neugebauten Straße sowie Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 38 in der Gemarkung Viernheim, Landkreis Bergstraße	1704	Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	1712
Widmung der im Zuge der Landesstraße 3438 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3438 in der Gemarkung Orpethal, Landkreis Waldeck	1704	Regierungspräsidenten	
Widmung der im Zuge der Bundesstraße 83 neugebauten Straße sowie damit zusammenhängende Umstufungen von Straßen in der Gemarkung der Stadt Grebenstein, Landkreis Hofgeismar	1704	KASSEL	
Widmung der im Zuge der Landesstraße 3427 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der Landesstraße 3427 in der Gemarkung Rhünda, Landkreis Meisenen	1705	Einstellung von Regierungsinspektor-Anwärter(innen)	1712
Widmung der im Zuge der Landesstraße 3254 neugebauten Straße und Abstufung der bisherigen Teilstrecke der Landesstraße 3254 in der Gemarkung Friedlos, Landkreis Hersfeld	1705	Buchbesprechungen	1713
Aufstufung einer im Zuge der Landesstraße 3390 verlaufenden Gemeindestraße und Abstufung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3390 in der Gemarkung Burghasungen, Landkreis Wolfhagen	1705	Öffentlicher Anzeiger	
		Veränderungen im Vorstand der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt/M.	1722
		Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von a) Wixhausen b) Dst.-Arheilgen nach Rüsselsheim	1722
		Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Nauheim nach Gustavsburg	1722
		Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Ginsheim nach Rüsselsheim	1722

1412

Der Hessische Ministerpräsident

Generalkonsulat von Venezuela in Hamburg;

hier: Erteilung des Exequaturs an Herrn Dr. Hely la Riva Araujo

Die Bundesregierung hat dem zum Generalkonsul von Venezuela in Hamburg ernannten Herrn Dr. Hely la Riva Araujo am 17. September 1969 das Exequatur erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt das Bundesgebiet.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
II B 2 — 2 e 10/03

St.Anz. 41/1969 S. 1701

1413

Verlust eines konsularischen Ausweises

Der am 22. Oktober 1968 unter der Nr. 4183 für den Angehörigen des Amerikanischen Generalkonsulats in Frankfurt am Main, Herrn Jerry Gunnels, ausgestellte konsularische Ausweis ist verlorengegangen.

Der Ausweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 24. 9. 1969

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
II B 2

St.Anz. 41/1969 S. 1701

1414

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 9. 1969 bis 26. 9. 1969

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Staat und Wirtschaft in Hessen
24. Jahrgang, Heft 8, August 1969

Preis
DM
1,50

Aus dem Inhalt:

Entwicklung der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche in Hessen 1965 bis 1968
Fertigstellungen im Nichtwohnbau 1952 bis 1968
Entwicklung ausgewählter Bauleistungspreise seit 1962
Auslandsgäste in Hessen 1968
Vermögens- und Kapitalaufbau der gewerblichen Betriebe in Hessen 1966
Hessischer Zahlenspiegel
Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet
Buchbesprechungen

Statistische Berichte

B III 1 — 1/69
Vergleichszahlen für die Bundestagswahl am 28. September 1969

1,—

	Preis DM		Preis DM
B III 1 — 2/69 Wahlvorschläge in Hessen für die Bundestagswahl am 28. September 1969	1,—	G I 1 — m 7/69 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel im Juli 1969	—,5
B III 1 — 3/69 Wahlbezirke und Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl am 28. September 1969	—,50	G III 1 — m 7/69 Die Ausfuhr Hessens im Juli 1969	1,—
C II 2 — m 8/69 (erscheint nur für April bis Oktober) Ernteberichterstattung über Gemüse in Hessen im August 1969	—,50	G IV 1 — hj 2/68 Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Winterhalbjahr 1968/69	1,5
C II 4 — m 8/69 (erscheint nur für Mai bis November) Ernteberichterstattung über Wein in Hessen im August 1969	—,50	G IV 3 — m 7/69 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe Juli 1969	—,5
C III 6 — m 7/69 Brut und Schlachtungen von Geflügel in Hessen im Juli 1969	—,50	H I 1 — m 7/69 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1969 — Vorauswertung — Vorläufige Zahlen	—,5
C IV 4 — unreg./69 Vierrad- und Kettenschlepper in landw. Betrieben Ende 1968	—,50	H I 2 — hj 2/69 Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern am 1. Juli 1969	—,5
C IV 7 — S/65—68 (mit festem Einband) Die Entwicklung der Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche in Hessen 1965 bis 1968	2,—	H I 4 — m 7/69 Die Personenbeförderung im Straßenverkehr in Hessen im Juli 1969	—,5
C IV 7 — S/68 (mit festem Einband) Die landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen nach der Betriebsgröße und der Summe ihrer Ertragsmaßzahlen 1968	2,50	M I 1 — m 7/69 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Juli 1969	1,5
E II 1 — vj 2/69 Das Handwerk in Hessen im 2. Vierteljahr 1969 (Repräsentative Handwerksberichterstattung)	—,50	N O/Personalkosten im produzierenden Gewerbe 1966 Aufwendungen der Arbeitgeber für Personalkosten im produzierenden Gewerbe in Hessen im Jahre 1966 Wiesbaden, 26. 9. 1969	1,5

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 213 a Az.: 77 a 241/69
StAnz. 41/1969 S. 170

1415

Der Hessische Minister des Innern

Vorbereitungslehrgang mit staatlicher Prüfung für Schwimmmeister(innen)

Der Hessische Minister des Innern führt in der Zeit vom 19. 1. bis 24. 1. 1970 in der Sportschule des Landessportbundes Hessen, Frankfurt/Main, Otto-Fleck-Schneise, einen Vorbereitungslehrgang für Schwimmmeister mit abschließender staatlicher Schwimmmeisterprüfung durch. Die Unterbringung der Teilnehmer erfolgt in der Sportschule.

Zum Vorbereitungslehrgang und zur Prüfung werden nur solche Bewerber(innen) zugelassen, die mindestens 21 Jahre alt, unbescholten, z. Z. hauptamtlich als Hilfschwimmmeister oder Schwimmmeisteranwärter tätig sind und die in der Prüfungsordnung für Schwimmmeister und Schwimmmeisterinnen des Landes Hessen vom 27. 10. 1967 (StAnz. S. 1410) genannten Voraussetzungen erfüllen.

Bei der Meldung sind einzureichen:

1. Handgeschriebener ausführlicher Lebenslauf,
 2. polizeiliches Führungszeugnis,
 3. amtsärztliches Zeugnis über Gesundheitszustand und körperliche Eignung,
 4. Nachweis über eine mindestens 2jährige durchgehende erfolgreiche Tätigkeit in einer fachmännisch geleiteten Schwimm- und Badeanstalt bzw. mindestens drei Sommerbadezeiten als Vorbereitung auf den Schwimmmeister(innen)-Beruf. Die Tätigkeit als Rettungsschwimmer der DLRG wird auf die Vorbereitungszeit nicht angerechnet.
 5. Leistungsschein der DLRG (die Gültigkeit wird nur bis zu 5 Jahren anerkannt; ggfs. muß er wiederholt werden),
 6. eidesstattliche Erklärung des Bewerbers darüber, daß er sich bisher zu keiner Schwimmmeisterprüfung gemeldet hat, andernfalls aus welchen Gründen die Zulassung abgelehnt worden ist bzw. mit welchem Ergebnis er sich bereits einer Schwimmmeisterprüfung unterzogen hat,
7. 2 Paßbilder.

Die Lehrgangsg Gebühr in Höhe von 40,— DM und die Prüfungsgebühr in Höhe von 45,— DM sind nach der Zulassung auf Grund einer besonderen Aufforderung zu entrichten.

Für Unterkunft und Verpflegung ist ein Anteilsbetrag von 60,— DM zu entrichten, der mit den vorgenannten Gebühren ebenfalls nach Aufforderung einzuzahlen ist.

Den Teilnehmern wird empfohlen, die Übernahme der Lehrgangs- und Prüfungsgebühr als Ausbildungsbeihilfe bei ihrer Dienststellen zu beantragen.

Anträge auf Zulassung zum Vorbereitungslehrgang mit abschließender Prüfung sind unter Beifügung der genannten Unterlagen an den Hessischen Minister des Innern, 62 Wiesbaden, Friedrich-Ebert-Allee 12, zu richten. Gleichzeitig anzugeben, ob Unterkunft gewünscht wird.

Meldeschluß: 15. 12. 1969

(später eingehende Anträge können nicht mehr bearbeitet werden).

Weitere Auskünfte können beim Hessischen Minister des Innern — Sportreferat — eingeholt werden.

Wiesbaden, 30. 9. 1969

Der Hessische Minister des Innern
IV A 42 — 90 a 05 — 1.861/69
StAnz. 41/1969 S. 170

1416

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Burgsolms, Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Burgsolms im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Von Gold und Blau gespalten, im oberen Viertel verwechselt, belegt mit dem Gemeindewappen.“

Wiesbaden, 30. 9. 1969

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 31/69
StAnz. 41/1969 S. 170

1417**Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Siedelsbrunn und Wald-Michelbach, Landkreis Bergstraße**

Die Hessische Landesregierung hat am 16. September 1969 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1969 nachstehende Grenzänderung vorgenommen:

1. Aus dem Gebiet der Gemeinde Wald-Michelbach werden ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Siedelsbrunn eingemeindet:

Flur 19, Flurstücke 1/7 = —,0594 ha, 1/8 = —,7724 ha,

1/9 = —,0889 ha, 21 = —,5650 ha, 22/1 = —,2829 ha, 22/2 = —,2817 ha, 23/1 = —,1624 ha, 23/2 = —,1564 ha, 23/3 = —,2518 ha, 24 = —,5915 ha, 25 = —,5467 ha, 26 = —,4815 ha, 27/3 = —,1387 ha. Insgesamt: 4,3793 ha.

2. Aus dem Gebiet der Gemeinde Siedelsbrunn wird ausgemeindet und in das Gebiet der Gemeinde Wald-Michelbach eingemeindet:

Flurstück 422/17 = 9,1612 ha.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.“

Wiesbaden, 24. 9. 1969

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 08 — 57/69

StAnz. 41/1969 S. 1703

Der Hessische Minister der Finanzen**1418**

Herrn Präsidenten des Hessischen Landtags

Herrn Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei

Herren Hessische Staatsminister

Herrn Präsidenten des Rechnungshofs des Landes Hessen

Herrn Direktor des Landespersonalamtes Hessen

Abteilung I im Hause

Anwendung des § 70 Abs. 2 RHO auf den Landeshaushalt

Bezug: Meine Rundschreiben vom 4. Dezember 1954 — H 1000 — III a/7 und vom 19. Februar 1965 — H 1000/65 — III/71

Mit meinen o. a. Rundschreiben habe ich mich aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung damit einverstanden erklärt, daß in das Verfahren nach § 70 Abs. 2 Satz 3 RHO, wonach zuviel gezahlte Besoldungs- und Versorgungsgebühren einschließlich etwaiger Nebenbezüge und zuviel gezahlte Vergütungen der Angestellten und Löhne der Arbeiter in jedem Fall von der Ausgabe wieder abzusetzen sind, alle bei den Titeln 101 bis 199 des Haushaltsplans anfallenden Personalausgaben einbezogen werden.

Nach Einführung der neuen Haushaltssystematik ist an die Stelle der seitherigen „Personalausgaben“ die Hauptgruppe 4 „Persönliche Verwaltungsausgaben“ getreten. In die Hauptgruppe 4 sind auch Ausgaben geflossen, die bisher bei den Sachausgaben und bei den Allgemeinen Ausgaben veranschlagt waren.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die seinerzeit getroffene Regelung auf alle Ausgaben der Hauptgruppe 4 anzuwenden ist. Zur Behebung dieser Zweifel bestimme ich im Einvernehmen mit dem Rechnungshof des Landes Hessen, daß nur die bei den Obergruppen

42 — Dienst- und Nebenbezüge,

43 — Versorgungsbezüge,

44 — Beihilfen, Unterstützungen und dgl.

anfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben in das Verfahren nach § 70 Abs. 2 Satz 3 einbezogen werden.

Mein Rundschreiben vom 19. 2. 1965 — H 1000/65 — III/71 (StAnz. S. 299) hebe ich hiermit auf.

In diesem Zusammenhang weise ich nochmals darauf hin, daß die Vorschrift des § 70 Abs. 2 Satz 3 RHO nur Tatbestände erfaßt, bei denen zuviel gezahlte Besoldungs- und Versorgungsgebühren von dem Zahlungsempfänger an die Staatskasse zurückgezahlt werden. Erstattungen durch Dritte fallen somit nicht darunter.

Wiesbaden, 19. 9. 1969

Der Hessische Minister der Finanzen
H 1000/69 — III A 11

StAnz. 41/1969 S. 1703

1419

An die
Oberfinanzdirektion Ffm.
— Landesbauabteilung —
6000 Frankfurt/M.

An die
Staatl. Rechnungsprüfungsämter
6100 Darmstadt
3500 Kassel
6200 Wiesbaden

Fachtechnische Vorprüfung der Bauausgaben des Bundes

Einer Anregung des Bundesrechnungshofes folgend ist den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern in Zukunft — erstmals zum 1. Juli 1970 — eine Mehrausfertigung der nach RBBau J 7.06 dem Bundesrechnungshof jährlich vorzulegenden Übersichten über die laufenden einmaligen Baumaßnahmen des Bundes zu übersenden.

Die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter unterrichten ab sofort die Oberfinanzdirektion Frankfurt a. M. — Landesbauabteilung — in geeigneter Weise, ggfs. durch Überlassung eines Abdruckes ihres Schreibens, mit dem sie die Unterlagen an die zuständige Vorprüfungsstelle Bund weitergeben, über die Beendigung der fachtechnischen Vorprüfung.

*

Zusatz nur für die Oberfinanzdirektion

Die im letzten Absatz Ihres Berichtes vom 10. Juli 1969 — B 1403 — B — 9/69 — Lb II 10 — erwähnten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Ausfüllung der Spalten 12—14 des Musters 5 RBBau beabsichtige ich zu gegebener Zeit im RBBau-Ausschuß vorzutragen, um ggfs. mit der Neufassung der RBBau eine Vereinfachung des Verfahrens zu erwirken.

Wiesbaden, 22. 9. 1969 **Der Hessische Minister der Finanzen**
O 6804 — A 1 — IV A 51

StAnz. 41/1969 S. 1703

1420**Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises**

Der Dienstausweis Nr. 25 für den Bauing. Friedrich Zerbs, geboren am 13. 2. 1940, ausgestellt am 12. 1. 1966 vom Sonderbauamt Bad Hersfeld, ist abhanden gekommen. Der Ausweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 19. 9. 1969 **Der Hessische Minister der Finanzen**
O 1550 B — 8 — I A 24

StAnz. 41/1969 S. 1703

1421**Änderung von Fernsprechnummern**

Die Finanzämter Biedenkopf und Wetzlar sind ab sofort unter folgenden Rufnummern zu erreichen:

Finanzamt Biedenkopf 20 64, 20 65, 20 66,
Finanzamt Wetzlar 4 40 01 (Sammelnummer) bis 4 40 05

Wiesbaden, 16. 9. 1969 **Der Hessische Minister der Finanzen**
VV 2903 B — 21 — I A 22

StAnz. 41/1969 S. 1703

1422

Bekanntmachung über die Prüfung für Wirtschaftsprüfer im Frühjahr 1970

Für die im Frühjahr 1970 stattfindende Prüfung für Wirtschaftsprüfer nach dem Gesetz über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. 7. 1961 (BGBl. I S. 1049) sind die Anträge auf Zulassung zur Prüfung bis spätestens 30. November 1969 an den Zulassungsausschuß für Wirtschaftsprüfer des Landes Hessen, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 75 (Landeshaus), zu richten.

Wiesbaden, 24. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**

I b 1 — WP — 010 — 69

St.Anz. 41/1969 S. 1704

1423

Widmung der im Zuge der Bundesstraße 38 neugebauten Straße sowie Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 38 in der Gemarkung Viernheim, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt

1. Die im Zuge der Bundesstraße 38 in der Gemarkung Viernheim, Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Straße

von km 8,892 neu (= km 8,853 alt) = 4,238 km
bis km 13,130 neu (= km 13,060 alt)

erhält mit Wirkung vom 1. September 1969 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 38 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 38

von km 8,853 alt (= km 8,892 neu) = 4,207 km
bis km 13,060 alt (= km 13,130 neu)

verliert mit Ablauf des 31. August 1969 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStrG).

Sie wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

a) Die Teilstrecke

von km 9,103 alt bis km 11,500 alt = 2,397 km

wird mit Wirkung vom 1. September 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Viernheim über (§§ 5, 43 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

b) Die Teilstrecken

von km 8,853 alt (= km 8,892 neu) = 0,250 km
bis km 9,103 alt

und

von km 11,500 alt bis km 13,060 alt (= km 13,130 neu) = 1,560 km

sind für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. September 1969 eingezogen.

Von der vorherigen Bekanntgabe der beabsichtigten Einziehung der genannten Strecken gemäß § 2 Abs. 5 FStrG wurde abgesehen, da die zur Einziehung vorgesehenen Strecken in den im Planfeststellungsverfahren ausgelegten Plänen als solche kenntlich gemacht worden sind.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**

III b 3 — Az.: 63 a 30

St.Anz. 41/1969 S. 1704

1424

Widmung der im Zuge der Landesstraße 3438 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3438 in der Gemarkung Orpethal, Landkreis Waldeck, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3438 in der Gemarkung Orpethal, Landkreis Waldeck, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße

von km 19,439 neu = alt
bis km 19,729 neu (= km 19,803 alt) = 0,290 km

wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3438 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3438

von km 19,439 alt = neu
bis km 19,803 alt (= km 19,729 neu) = 0,364 km

verliert mit Ablauf des 30. September 1969 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Orpethal über (§§ 5, 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**

III b 3 — Az.: 63 a 30

St.Anz. 41/1969 S. 1704

1425

Widmung der im Zuge der Bundesstraße 83 neugebauten Straße sowie damit zusammenhängende Umstufungen von Straßen in der Gemarkung der Stadt Grebenstein, Landkreis Hofgeismar, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Bundesstraße 83 in der Gemarkung der Stadt Grebenstein, Landkreis Hofgeismar, Regierungsbezirk Kassel, neugebauten Straße

von km 6,249 neu (= km 6,160 alt)
bis km 7,031 neu (= km 6,808 alt) = 0,782 km

erhält mit Wirkung vom 1. September 1969 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 83 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. August 1961 — BGBl. I S. 1741 —).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 83

von km 6,160 alt (= km 6,249 neu) = 0,648 km
bis km 6,808 alt (= km 7,031 neu)

verliert mit Ablauf des 31. August 1969 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 HStrG).

Sie wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen:

a) Die Teilstrecke

von km 6,160 alt (= km 6,249 neu) = 0,631 km
bis km 6,791 alt

wird mit Wirkung vom 1. September 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft.

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Grebenstein über (§§ 5, 43 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

b) Die Teilstrecke
 von km 6,791 alt
 bis km 6,808 alt (= km 7,031 neu) = 0,017 km
 ist für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und wird mit Wirkung vom 1. September 1969 eingezogen. Von der Ankündigung der Einziehung gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um die Einziehung einer Strecke im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

3. Die im Zuge der Kreisstraße 30 neugebaute Straße
 von km 0,007 (= km 0,045 alt)
 bis km 0,199 (= km 7,129 der B 83) = 0,192 km
 einschließlich der neugebauten Anschlußarme an die Bundesstraße 83

wird mit Wirkung vom 1. September 1969 für den öffentlichen Verkehr gewidmet. Sie gehört zur Gruppe der Kreisstraßen und wird als Teilstrecke der Kreisstraße 30 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen.

i. Die Teilstrecke der Kreisstraße 30
 von km 0,003 alt (= km 6,791 der B 83 alt)
 bis km 0,045 alt (= km 0,007 neu) = 0,042 km
 verliert mit Ablauf des 31. August 1969 die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße und wird mit Wirkung vom 1. September 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Grebenstein über.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Verkehr**
 III b 3 — Az.: 63 a 30
St.Anz. 41/1969 S. 1704

1426

Widmung der im Zuge der Landesstraße 3427 neugebauten Straße und Abstufung der Teilstrecke der Landesstraße 3427 in der Gemarkung Rhünda, Landkreis Melsungen, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3427 in der Gemarkung Rhünda, Landkreis Melsungen, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße

von km 0,004 neu (= km 2,742 der L 3223)
 bis km 0,938 neu (= km 1,056 alt) = 0,934 km

wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3427 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3427
 von km 0,003 alt (= km 2,653 der L 3223)
 bis km 1,056 alt (= km 0,938 neu) = 1,053 km

verliert mit Ablauf des 30. September 1969 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße. Sie wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 41 Abs. 4 nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Rhünda über (§§ 5, 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und

Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Verkehr**
 III b 3 — Az.: 63 a 30
St.Anz. 41/1969 S. 1705

1427

Widmung der im Zuge der Landesstraße 3254 neugebauten Straße und Abstufung der bisherigen Teilstrecke der Landesstraße 3254 in der Gemarkung Friedlos, Landkreis Hersfeld, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3254 in der Gemarkung Friedlos, Landkreis Hersfeld, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße

von km 0,020 neu (= km 8,462 der B 27)
 bis km 0,698 neu (= km 0,932 alt) = 0,678 km

einschließlich der neugebauten Anschlußarme an die Bundesstraße 27 wird mit Wirkung vom 1. September 1969 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmete Strecke gehört zur Gruppe der Landesstraßen und wird als Teilstrecke der Landesstraße 3254 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecke der Landesstraße 3254
 von km 0,004 alt (= km 9,401 der B 27)
 bis km 0,932 alt (= km 0,698 neu) = 0,928 km

verliert mit Ablauf des 31. August 1969 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und wird mit Wirkung vom 1. September 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§§ 3, 5 HStrG). Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Friedlos über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
 für Wirtschaft und Verkehr**
 III b 3 — Az.: 63 a 30
St.Anz. 41/1969 S. 1705

1428

Aufstufung einer im Zuge der Landesstraße 3390 verlaufenden Gemeindestraße und Abstufung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3390 in der Gemarkung Burghasungen, Landkreis Wolfhagen, Regierungsbezirk Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3390 verlaufende Gemeindestraße in der Gemarkung Burghasungen, Landkreis Wolfhagen, Regierungsbezirk Kassel,

von km 18,888 neu (= km 1,196 alt)
 bis km 19,997 neu (= km 2,141 alt) = 1,109 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Sie wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Landesstraße 3390 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen. Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf das Land Hessen über (§§ 5, 41 Abs. 1 HStrG).

2. Die Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3390
 a) von km 2,141 alt (= km 19,997 neu)
 bis km 0,980 alt (= km 0,003 alt) = 1,161 km

b) von km 0,003 alt
 bis km 1,196 alt (= km 18,888 neu) = 1,193 km

verlieren mit Ablauf des 30. September 1969 die Verkehrs-

bedeutung einer Landesstraße. Sie werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft. Die unter a) genannte Strecke wird als Teilstrecke der Kreisstraße 13 und die unter b) genannte Strecke als Kreisstraße 14 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen. Die Straßenbaulast für die abgestuften Teilstrecken der Landesstraße 3390 geht zum gleichen Zeitpunkt auf den Landkreis Wolfhagen über (§ 41 Abs. 2 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30

StAnz. 41/1969 S. 1705

1429

Aufstufung der Gemeindestraße (Kehrbachweg) und Abstufung einer Teilstrecke der Kreisstraße 21 in der Gemarkung Molzbach, Landkreis Hünfeld, Regierungsbezirk Kassel

1. Die bei km 2,160 der Kreisstraße 21 abzweigende und bei km 3,202 einmündende Gemeindestraße (Kehrbachweg) in der Gemarkung Molzbach, Landkreis Hünfeld, Reg.-Bez. Kassel,

von km 0,003 neu (= km 2,163 alt)
bis km 0,481 neu (= km 3,199 alt) = 0,478 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Sie wird mit Wirkung vom 1. Januar 1970 in die Gruppe der Kreisstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Kreisstraße 21 mit neuer Kilometrierung in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStrG)

von km 2,163 neu bis km 2,641 neu.

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf den Landkreis Hünfeld über (§ 41 Abs. 2 HStrG).

2. Die Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 21 in der Ortslage bzw. Gemarkung Molzbach

von km 2,476 alt
bis km 3,199 alt (= km 2,641 neu) = 0,723 km

verliert mit Ablauf des 31. Dezember 1969 die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße. Sie wird mit Wirkung vom 1. Januar 1970 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Gemeinde Molzbach über (§ 43 HStrG).

Die vorgesehene Umstufung wurde der Gemeinde bereits Anfang 1967 gemäß § 5 Abs. 4 HStrG angekündigt.

3. Die Teilstrecke der bisherigen Kreisstraße 21

von km 2,163 alt bis km 2,476 alt

wird Kreisstraße 21 a.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30

StAnz. 41/1969 S. 1706

1430

Aufstufung der im Zuge der Landesstraße 3262 gelegenen Gemeindestraße (Gabelsbergerstraße) und Abstufung der Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3262 in der Ortslage Sprendlingen, Landkreis Offenbach, Reg.-Bez. Darmstadt

1. Die im Zuge der Landesstraße 3262 in der Ortslage Sprendlingen, Landkreis Offenbach, Regierungsbezirk Darmstadt, gelegene Gemeindestraße (Gabelsbergerstraße)

von km 0,006 neu (= km 16,400 der B 3)
bis km 0,532 neu (= km 0,610 der L 3262 alt) - 0,526 km

hat die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Sie wird mit Wirkung vom 1. September 1969 in die Gruppe der Landesstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Landesstraße 3262 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§§ 3, 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestufte Strecke geht zum gleichen Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf das Land Hessen über.

2. Die Teilstrecke der bisherigen Landesstraße 3262 (Eisenbahnstraße)

von km 0,610 alt (= km 0,532 neu)
bis km 0,003 alt (= km 17,043 der B 3) = 0,607 km

verliert mit Ablauf des 31. August 1969 die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und wird mit Wirkung vom 1. September 1969 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft. Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Stadt gemäß § 41 Abs. 4 HStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum gleichen Zeitpunkt auf die Stadt Sprendlingen über (§ 43 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3 a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30

StAnz. 41/1969 S. 1706

1431

Hessisches Landesamt für Straßenbau
Hessisches Landesamt für Bodenforschung
Hessisches Oberbergamt
62 Wiesbaden

Hessische Eichdirektion
61 Darmstadt

Gewährung von Trennungsgeld

Auf Grund des § 12 Abs. 3 der Verordnung über die Gewährung von Trennungsgeld bei Abordnungen, Versetzungen und Einstellungen (HTGV) vom 23. Februar 1966 in der Fassung der Ersten Verordnung zur Änderung der HTGV vom 1. September 1969 (GVBl. I S. 159) ermächtige ich Sie, über Anträge auf Gewährung von Trennungsgeld an Bedienstete Ihres Geschäftsbereiches bis zur Dauer von drei Jahren zu entscheiden.

Die Gewährung von Trennungsgeld nach § 4 Abs. 2 HTGV behalte ich mir vor.

Meinen nicht veröffentlichten Runderlaß vom 22. April 1966 hebe ich hiermit auf.

Wiesbaden, 22. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
I c 2 — 13 f — 02
Im Auftrage
gez. Lommatzsch

StAnz. 41/1969 S. 1706

1432

Hessisches Landesamt für Straßenbau
Hessisches Oberbergamt
2 Wiesbaden
Hessische Eichdirektion
1 Darmstadt

Hessische Trennungsgeldverordnung — HTGV — vom 23. Februar 1966 in der Fassung der Ersten Verordnung zur Änderung der HTGV vom 1. September 1969 (GVBl. I S. 159)

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 HTGV werden als Stammdienststelle bestimmt:

1. Für Regierungsbaureferendare das Amt, dem der Referendar erstmals zur Ausbildung zugewiesen wird.
2. Für Bergreferendare das Hessische Oberbergamt in Wiesbaden.
3. Für Anwärter des gehobenen und mittleren nichttechnischen und technischen Dienstes das Amt, dem der Anwärter erstmals zur Ausbildung zugewiesen wird.

Mein nicht veröffentlichter Runderlaß vom 2. August 1966 — I c 2 — 13 f — 02 — sowie der Erlaß vom 12. Juni 1967 — I c 2 — 13 f — 02 — an das Hessische Oberbergamt werden hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 22. 9. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr
I c 2 — 13 f — 02

St.Anz. 41/1969 S. 1707

1433

Zivile Landeplätze

Nachstehend werden die in Hessen für den zivilen Luftverkehr genehmigten Landeplätze (Stand: 20. 9. 1969) bekanntgemacht.

Wiesbaden, 23. 9. 1969

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr
III a 1 — Az.: 66 m 06

St.Anz. 41/1969 S. 1707

Bezeichnung des Landeplatzes:	Lage:	Geogr. Lage und Höhe des Landeplatzbezugspunktes:	Arten der Luftfahrzeuge, die den Landeplatz benutzen dürfen:	Zweck des Landeplatzes:	Richtung und Länge der Start- und Landebahnen:
Allendorf Eder	ca. 500 m nord-östlich von Allendorf Eder	51° 02' 12" N 08° 40' 48" O 350 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 6000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler d) Hubschrauber	Landeplatz des allgemeinen Verkehrs	114°/294° 850 × 20 m (Bitumen)
Anspach/Ts.	ca. 1,5 km östlich Anspach/Ts.	50° 17' 22" N 08° 31' 57" O 334 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	65°/245° 500 × 80 m (Gras)
Bad Nauheim/ Reichelsheim	ca. 2 km südl. von Reichelsheim, Krs. Friedberg	50° 20' 00" N 08° 52' 50" O 121 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 3500 kg b) Hubschrauber c) Motorsegler	Landeplatz des allgemeinen Verkehrs	180°/360° 1000 × 30 m (Gras) 85°/265° 550 × 30 m (Gras)
Bottenhorn	ca. 1 km westlich von Bottenhorn Krs. Biedenkopf	50° 47' 45" N 08° 28' 00" O 510 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	93°/273° 600 × 30 m (Gras)
Breitscheid/ Dillkreis	ca. 1 km südwestl. von Breitscheid/Dillkreis	50° 40' 44" N 08° 10' 06" O 553 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 3500 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler d) Hubschrauber e) Landung von Fallschirmspringern	Landeplatz des allgemeinen Verkehrs	123°/303° 800 × 50 m 52°/232° 800 × 50 m (Gras)
Dauborn	ca. 500 m östlich von Dauborn, Krs. Limburg	50° 19' 23" N 08° 11' 36" O 161 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	305°/125° 800 × 20 m (Gras)
Egelsbach	ca. 1 km südwestl. von Egelsbach	49° 57' 35" N 08° 39' 00" O 117 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 5700 kg, nach vorheriger Anfrage bis zu 20 000 kg b) Hubschrauber	Landeplatz des allgemeinen Verkehrs	89°/269° 900 × 25 m (Bitumen) 89°/269° 520 × 25 m (Gras)
Frankfurt/M. (Unfallkrankhs.)	Im Parkgelände des Unfallkrankenhauses	50° 08' 43" N 08° 42' 36" O 160 m NN	Hubschrauber bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 5700 kg	Sonderlandeplatz nur für Hubschrauber-Krankentransporte	70 × 70 m (Gras)
Gelnhausen	ca. 1,5 km südwestl. von Gelnhausen	50° 11' 52" N 09° 10' 10" O 126 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler d) Hubschrauber e) Landung von Fallschirmspringern	Landeplatz des allgemeinen Verkehrs	77°/257° 650 × 125 m (Gras) 135°/315° 875 × 75 m (Gras)
Grifte	ca. 600 m nord-östlich von Grifte	51° 13' 19" N 09° 26' 52" O 200 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg	Arbeitsplatz der FLUWA GmbH Kassel (Sonderlandeplatz)	237°/57° 700 × 50 m (Gras)

Bezeichnung des Landplatzes:	L a g e :	Geogr. Lage und Höhe des Landplatz-bezugspunktes:	Arten der Luftfahrzeuge, die den Landplatz benutzen dürfen:	Zweck des Landplatzes:	Richtung und Länge der Start- und Landebahnen:
Hirzenhain	ca. 1 km westl. des Bahnhofs Hirzenhain/Dillkreis	50° 47' 22" N 08° 23' 47" O 520 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	288° 108° 1000 × 100 m (Gras)
Hölleberg	ca. 5 km nordwestlich von Trendelburg	51° 36' 45" N 09° 23' 25" O 275 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	76° 256° 400 × 50 m (Gras)
Jossa	ca. 1,5 km südwestl. von Jossa, Kreis Fulda	50° 28' 37" N 09° 26' 35" O 475 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	83° 263° 600 × 30 m (Gras)
Kassel/Calden *) beschr. Bau- schutzbereich (s. StAnz. 47/ 1907 S. 1455)	ca. 1,8 km westlich von Calden, Kreis Hofgeismar	51° 24' 29" N 09° 22' 31" O 270 m NN	a) Flugzeuge b) Segelflugzeuge c) Motorsegler d) Hubschrauber	Landplatz des allgemeinen Verkehrs	42° 222° 1800 × 30 m (Bitumen) 42° 222° 700 × 50 m (Gras)
Kassel/ Ihringshausen	Auf dem Gelände des Bundesgrenzschutzes	51° 21' 38" N 09° 30' 13" O 212 m NN	Hubschrauber	Sonderlandeplatz nur für Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes, der Bundeswehr, der alliierten Streitkräfte und der Polizei	50 × 50 m (Gras-Beton)
Kassel-Mittelfeld	Im Werksgelände der Fa. Henschel Flugzeug-Werke AG	51° 20' 22" N 09° 28' 40" O 177 m NN	Hubschrauber	Sonderlandeplatz für Hubschrauber	50 × 50 m (Beton)
Korbach	ca. 1,5 km südlich der Stadt Korbach	51° 15' 18" N 08° 52' 38" O 390 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 3500 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler d) Landung von Fallschirmabspringern	Landplatz des allgemeinen Verkehrs	36° 216° 670 × 70 m (Gras)
Lützellinden	ca. 2 km nordwestl. von Lützellinden	50° 32' 42" N 08° 35' 28" O 230 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Motorsegler	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	70° 250° 600 × 20 m (Gras)
Marburg/Lahn	Am nördl. Stadtrand von Marburg/L.	50° 50' 02" N 08° 46' 10" O 182 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler	Landplatz des allgemeinen Verkehrs	180° 360° 650 × 50 m (Gras)
Marburg-Schönstadt	ca. 1,5 km südwestl. von Schönstadt, Kreis Marburg	50° 52' 30" N 08° 48' 53" O 254 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Hubschrauber c) Motorsegler d) Segelflugzeuge	Landplatz des allgemeinen Verkehrs	220° 40° 610 m (Gras)
Michelstadt/Odw.	ca. 1 km westl. von Michelstadt/Odw.	49° 40' 45" N 08° 58' 30" O 340 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler d) Hubschrauber	Landplatz des allgemeinen Verkehrs	86° 266° 500 × 50 m (Gras)
Mosenberg	ca. 2,5 km nordöstl. von Homberg, Bez. Kassel	51° 03' 51" N 09° 25' 25" O 400 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	260° 80° 750 × 50 m (Gras)
Nordenbeck	ca. 1,5 km südwestl. Nordenbeck	51° 14' 12" N 08° 49' 12" O 443 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters und mit seiner Genehmigung mit Flugzeugen anderer Halter (Sonderlandeplatz)	77° 257° 600 × 25 m (Gras)
Ober-Mörlen	ca. 1,6 km südöstl. von Ober-Mörlen, Kreis Friedberg	50° 21' 48" N 08° 42' 45" O 247 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Hubschrauber	Verkehr mit Flugzeugen des Platzhalters sowie von Flugzeugen des Acro-Club Bad Nauheim e. V. (Sonderlandeplatz)	223° 43° 550 × 50 m (Gras)
Wolfhagen/ Granerberg	ca. 1,5 km südlich von Wolfhagen	51° 18' 30" N 09° 10' 35" O 315 m NN	a) Flugzeuge bis zu einem höchstzulässigen Fluggewicht von 2000 kg b) Segelflugzeuge c) Motorsegler d) Landung von Fallschirmabspringern	Landplatz des allgemeinen Verkehrs	155° 335° 600 × 40 m (Gras)

1434

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Sozialhilfe;

hier: Anrechnung von Kinderzuschlägen zu Dienst- und Versorgungsbezügen des öffentlichen Dienstes

Nachstehend gebe ich das Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 1. 8. 1969 bekannt. Die Rechtsauffassung des Bundesministers des Innern wird von mir und dem Herrn Hessischen Minister der Finanzen, der für die Durchführung der Tuberkulosehilfe für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes im Lande Hessen zuständig ist, geteilt.

Wiesbaden, 9. 9. 1969

**Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt
und Gesundheitswesen**
II A 2 b — 50 p 0211
StAnz. 41/1969 S. 1709

*

Der Bundesminister des Innern
S 2 — 510 494 Vg/5

53 Bonn, den 1. August 1969

An die
obersten Landessozialbehörden

Betr.: Tuberkulosehilfe;

hier: Anrechnung von Kinderzuschlägen zu Dienst- und Versorgungsbezügen des öffentlichen Dienstes

Der Bundesminister der Verteidigung hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Durchführung der Tuberkulosehilfe im öffentlichen Dienst ein Teil der Sozialhilfe-

träger die gemäß § 18 BBesG gewährten Kinderzuschläge nicht zum Einkommen des Bediensteten bzw. Versorgungsempfängers, sondern zum Einkommen des Kindes rechnet, für das der Kinderzuschlag gewährt wird. Nach der Auffassung des Bundesministers der Verteidigung stützen diese Sozialhilfeträger ihre Verwaltungsübung auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Januar 1965 (BVerwGE 20, 199). In Fällen, in denen nur Eltern oder nur Kinder Hilfe zum Lebensunterhalt benötigen, ergeben sich mitunter recht erhebliche Unterschiede, wenn die Kinderzuschläge nicht zum Einkommen des Bediensteten bzw. Versorgungsempfängers, dem der Kinderzuschlag gewährt wird, gerechnet werden, sondern zu dem des Kindes.

Ich habe dem Bundesminister der Verteidigung mitgeteilt, daß das o. a. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nur die Anrechnung des Kindergeldes im Sinne des Bundeskindergeldgesetzes betrifft, nicht aber die Kinderzuschläge zu Dienst- und Versorgungsbezügen des öffentlichen Dienstes. Vorbehaltlich einer gerichtlichen Entscheidung bin ich der Meinung, daß diese Kinderzuschläge, die Bestandteil der Dienst- oder Versorgungsbezüge sind, mit diesen zum Einkommen des Bediensteten bzw. Versorgungsempfängers gehören und demgemäß auch sozialhilferechtlich nur diesem Einkommen zugerechnet werden können. Zur Erzielung einer einheitlichen Rechtsanwendung würde ich es begrüßen, wenn Sie, falls Sie meine Auffassung teilen, die Sozialhilfeträger in Ihrem Lande hierauf hinweisen würden. Sollten Sie meine Rechtsauffassung nicht teilen, wäre ich für eine Unterrichtung dankbar.

Im Auftrag
Gottschick

1435

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

An das
Landeskulturamt
Wiesbaden

An alle
Kulturämter

Anweisung für die kartographische Bearbeitung der Flurbereinigungsschätzung

Unter Aufhebung meines Runderlasses vom 12. 10. 1964 — IV 20524/64 — LK 24.00 sowie der Ziff. 3.3 meines Runderlasses vom 25. 9. 1967 — IV A 16636/67 — LK 24.00 — ergeht die nachstehende Anweisung.

Wiesbaden, 23. 7. 1969

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten**
IV A 12448/69 — LK 24.0
StAnz. 41/1969 S. 1709

*

VC
Anweisung
für die kartographische Bearbeitung der
Flurbereinigungsschätzung

vom 23. 7. 1969 — IV A 12 448/69 LK 24.0

Inhaltsübersicht

1. Auswertung der Bildflüge und Feldvergleich
2. Herstellung der Schätzungskarten
3. Schätzungsübertragung in die Zuteilungskarte
4. Anwendbarkeit

*

1. Auswertung der Bildflüge und Feldvergleich

- 1.1 Die Auswertung der Luftbilder aus der Erstbefliegung ist bei der Herstellung der Schätzungskarten zu verwenden. Dies bezieht sich insbesondere auf die Grenzen von Hecken, Rainen, Abbauland und Nutzungsarten sowie auf die Wege und Wasserläufe.

- 1.2 In der Regel sind Höhenschichtlinien und Topographie auf getrennten Folien im Maßstab 1 : 2000 darzustellen. Wird die Darstellung auf einer Folie gewünscht, so ist dies vom Kulturamt zu begründen.
- 1.3 Durch die Ausmessung der topographischen Gegenstände ist der Feldvergleich vor der Schätzung in der Regel überflüssig. Notwendige Ergänzungen sind während des Schätzungsgeschäfts vorzunehmen. Ergibt sich während der Schätzung, daß umfangreiche Einmessungen erforderlich werden, so sind sie nach Schätzungsabschluß nachzuholen.

2. Herstellung der Schätzungskarten

- 2.1 Die Schätzungskarten werden im Format DIN A 2 hergestellt. Sie enthalten in der Regel als Inselkarten jeweils eine Flur. Abweichungen sind grundsätzlich möglich; sie müssen jedoch beim Landeskulturamt beantragt und begründet werden.

Die Schätzungskarten werden in der Feldlage im Maßstab 1 : 2000, in der Ortslage und im Baugebiet im Maßstab 1 : 1000 hergestellt. Die Abgrenzung ist von den Kulturämtern vor Abgabe an die Reprstelle in den Flurkarten einzutragen.

- 2.2 Das Landeskulturamt — Reprstelle — liefert folgende Unterlagen:

- a) Karte des alten Bestandes 1 : 2000 mit eingedruckter Topographie auf maßhaltiger, transparenter Folie, (Ortslage in 1 : 1000 ohne Eindruck),
- b) eine maßhaltige, transparente Zeichenfolie als Zeichenträger für die Schätzung (Schätzungsfolie),
- c) Bodenschätzungskarten auf Lichtpauspapier im Maßstab 1 : 2000 oder 1 : 5000 je nach Anforderung.

Die Karte „a“ wird mit der Schätzungsfolie „b“ mittels doppelseitigem Klebeband fest verklebt und stellt in dieser Form die Original-Schätzungskarte dar.

Die Bodenschätzungskarten werden, wenn es der Maßstab zuläßt, während des Schätzungsgeschäftes unter die Schätzungskarten gelegt.

- 2.3 Die Ergebnisse der Schätzung sind als kräftig ausgezogene Linien mit „Mars-Lumochrom Nr. 2636“ (olivgrün) einzutragen. Für die Schätzungsklassen sind römische Zahlen zu verwenden. Grünlandklassen ist ein „Gr“, Waldklassen ein „H“ vorzusetzen, z. B. Gr IV, H VI. Die Schätzungsgrenzen sind immer voll auszuziehen, auch wenn sie mit Flurstücksgrenzen zusammenfallen. Für Eintragungen, die nicht zur späteren Übernahme in die Zuteilungskarte vorgesehen sind (z. B. Bohrlöcher), ist Mars-Lumochrom Nr. 2626 (violett) zu verwenden.
- 2.4 Das Kulturamt fertigt unmittelbar nach Beendigung der Schätzung von den Schätzungskarten (Karte „a“ und Folie „b“ — s. Nr. 2.2) Lichtpausen an und bewahrt sie zur Sicherung der Originalschätzung auf.
3. **Schätzungsübertragung in die Zuteilungskarte**
- 3.1 Für die Einpassung der Schätzung in die Zuteilungskarte sind Koordinatenkreuze aus der Luftbildauswertung in die Schätzungsfolie hochzuzeichnen. Liegt keine Erstbefliegung vor, hat das Kulturamt geeignete, einwandfrei identifizierte Punkte, deren Anzahl sich nach der Güte der alten Karten richtet, als Paßpunkte aufzumessen und sowohl in der Schätzungsfolie als auch in der Zuteilungskarte darzustellen.
- 3.2 Nach erfolgter Schätzungsberechnung übersendet das Kulturamt die Schätzungskarten und die Zuteilungskarten an das Landeskulturamt — Repröstelle —. Hier werden die Schätzungsfolien
von ihrer Unterlage abgetrennt,
auf den Zuschnitt der Zuteilungskarten montiert,
auf neue Folien umkopiert und
diese in die Zuteilungskarten eingepaßt.
4. **Anwendbarkeit**
- 4.1 Das Verfahren ist nur anzuwenden, wenn die Qualität des alten Liegenschaftskatasters einen befriedigenden Zusammendruck zwischen dem alten Bestand und den Befliegungsunterlagen erwarten läßt. Die Repröstelle trifft hierüber die Entscheidung. Es ist jedoch erforderlich, daß sich die Kulturämter schon vor der Beantragung der Luftbildausmessung beim zuständigen Katasteramt über die Beschaffenheit der Flurkarten informieren und dem Landeskulturamt einen entsprechenden Bericht vorlegen.

- 4.2 In Flurbereinigungsverfahren, in denen keine Erstbefliegung vorliegt, wird bei Herstellung der Karten nach 2.2 auf die Topographie verzichtet.
Im übrigen gilt dieser Erlaß in vollem Umfang. Einmessungen von topographischen Gegenständen, Kulturarten usw., die während der Schätzung nicht erledigt werden können, sind auch in diesen Fällen wie bei 1.3 vorgesehen nach Schätzungsabschluß nachzuholen.
- 4.3 Zweitflurbereinigungen, die nicht mit einer Neuvermessung und einer Neukartierung verbunden sind, werden ebenfalls nach vorstehendem Erlaß behandelt. Es ist jedoch zu beachten, daß gegebenenfalls in einem anderen Maßstab zu arbeiten ist, wenn keine Flurkarten im Maßstab 1 : 2000 vorhanden sind.

1436**Auflösung der Hessischen Forstwardi Gonterskirchen, Hessisches Forstamt Laubach**

Durch Erlaß vom 18. 9. 1969, III B 2 — 1398 — 0 32 wurde die Auflösung der Hessischen Forstwardi Gonterskirchen mit Wirkung vom 1. 10. 1969 angeordnet. Die Waldflächen werden auf die angrenzenden Dienstbezirke aufgeteilt.

Wiesbaden, 23. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten**
III B 2 — 1398 — 0 06

StAnz. 41/1969 S. 1710

1437**Umbenennung der Hessischen Revierförsterei Kirchlotheim im Hess. Forstamt Vöhl**

Mit Erlaß vom 8. 9. 1969, III B 2 — 1344 — 0 32 wurde die Umbenennung der Hessischen Revierförsterei Kirchlotheim in Hessische Revierförsterei Asel mit Wirkung vom 1. 10. 1969 angeordnet.

Wiesbaden, 11. 9. 1969

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten**
III B 2 — 1344 — 0 06

StAnz. 41/1969 S. 1710

1438**Personalnachrichten**

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**b) Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt:

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsassessor (BaP) Adolf Schneider (14. 7. 1969);

zu **Regierungsassessoren (BaP)** die Assessoren Dr. Dieter Emrich, Volker Hartmann, Eckhard Sommer alle 14. 7. 1969;

zu **Regierungsoberinspektoren** die Regierungsinspektoren (BaL) Hans Allendörfer (15. 8. 1969), Erich Frey (15. 8. 1969) beide LA Wetzlar;

zum **Regierungsinspektor (BaL)** Regierungsinspektor z. A. (BaP) Ernst-Oskar Treutler (1. 8. 1969);

zum **Regierungsinspektor** Regierungsinspektor z. A. (BaP) Alfred Bauer (18. 8. 1969);

zum **Regierungsobersekretär** Regierungssekretär (BaL) Josef Reiter (6. 8. 1969) LA Hanau;

zu **Regierungssekretären** Regierungssekretär z. A. (BaP) Ulrich Loh (8. 7. 1969) LA Wetzlar, Hauptamtsgelhilfe (BaL) Theo Plitt (8. 7. 1969) LA Biedenkopf;

zu **Regierungsinspektoranzwärttern (BaW)** die Bewerber Hermann Wittmann (1. 8. 1969), Hartmut Behnke, Sylvia Blass, Bernd Böhme, Hans-Georg Fritz, Gisela Hott, Günther Jung, Rita Klein, Walter Müller, Eva Nüske, Karl-Heinz Schmidt, Karl-Gerhard Schmitz alle am 1. 9. 1969;

zu **Regierungssekretäranwärttern (BaW)** die Bewerber Erich Hanke, Heidrun Herrlitz, Silvia Kraft, Siegfried Mark-

graf, Wilfried Rinnert, Elke Schoch, Johann Trautmann, Manfred Palmy alle am 1. 9. 1969;

zu **Verwaltungspraktikanten** die Bewerber Klaus Hechler, Ottmar Henisch, Gisela Sauer, Armin Wüst, alle am 1. 9. 1969;

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Regierungsinspektor (BaP) Klaus-Wilhelm Gürtler (20. 8. 1969) LA Dieburg;

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsamtman Friedrich Wehlmann (31. 8. 1969);

Regierungshauptsekretär Erwin Riemann (31. 8. 1969) LA Bad Homburg;

Amtsmeister Johannes Jöst (31. 8. 1969).

Darmstadt, 12. 9. 1969

Der Regierungspräsident
I 2 — 71 02/07 (E)

StAnz. 41/1969 S. 1710

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**b) Oberfinanzdirektion**

ernannt:

zum **Leitenden Regierungsdirektor (BaL)** Regierungsdirektor Hans Stockmar (9. 6. 1969);

zum **Regierungsbaudirektor (BaL)** Oberregierungsbaurat Ferdinand Zoerb (6. 5. 1969);

zum **Regierungsassessor (BaP)** Vertragsangestellter Helmut Rücker (10. 6. 1969);

zum **Obersteuerrat (BaL)** Steuerrat Paul Wenzel (28. 4. 1969);

zum **Technischen Amtsrat (BaL)** Regierungsbauamtmann Nikolaus Steier (27. 5. 1969);

zu **Steueramtännern (BaL)** die Steueroberinspektoren Rudolf Braulik (28. 7. 1969); Theodor Heumüller (16. 5. 1969);

zum **Steuerinspektor (BaP)** Steuerobersekretär Gerd Rüggeberg (29. 4. 1969);

zu **Amtsinspektoren (BaL)** die Steuerhauptsekretäre Leonhard Greiner (27. 8. 1969); Heinrich Sand (28. 7. 1969);

zum **Steuerobersekretär (BaP)** Steuersekretär Gerhard Eugen Hönig (14. 5. 1969);

zum **Oberamtsmeister (BaL)** Amtsmeister Emil Rübsamen (16. 5. 1969);

erufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Steueroberinspektor (BaP) Horst Söhngen (16. 5. 1969);

in den Ruhestand getreten bzw. versetzt:

Finanzpräsident Dr. Hans Dickhaut (31. 3. 1969); Leiter der Regierungsbaudirektor Hans Köhler (30. 4. 1969); Oberregierungsrat Karl Grenz (31. 1. 1969); Steueramtmann Erhard Kunz (31. 8. 1969); Steueroberinspektor Robert Haug (30. 9. 1968); Oberamtsmeister Friedrich Messerschmidt (31. 12. 1968).

Staatsbauverwaltung

ernannt:

zu **Regierungsbaudirektoren (BaL)** die Oberregierungsbauräte Otto Laux, Staatsbauamt Ffm. (21. 3. 1969); Heinrich Nitschke, Staatl. Universitätsbauamt Ffm. (29. 3. 1969); Gustav Odenwald, Staatsbauamt Fulda (31. 3. 1969); Wilfried Schulze, Staatsbauamt Wiesbaden (12. 2. 1969); Hans von Steinsdorff, Staatsbauamt Bad Hersfeld (30. 7. 1969);

zu **Oberregierungsbauräten (BaL)** die Regierungsbauräte Gerhard Bartels, Sonderbauamt Darmstadt (31. 3. 1969); Hans Behnk, Staatl. Universitätsbauamt Gießen (20. 12. 1968); Gerhard Demuth, Staatsbauamt Darmstadt (19. 12. 1968); Erwin Hosemann, Staatl. Universitätsbauamt Ffm. (18. 2. 1969); Rolf Kirschner, Sonderbauamt Bad Hersfeld (23. 12. 1968); Rainer Lucas, Sonderbauamt Marburg (18. 12. 1968); Gerhard Meyer, Staatl. Universitätsbauamt Marburg (27. 2. 1969); Karl-Heinz Schade, Universitätsbauamt Marburg (19. 12. 1968); Walter Schubotz, Staatsbauamt Offenbach (19. 2. 1969);

zu **Regierungsbauräten (BaL)** die Regierungsbaureferendare (BaP) Reinhold Grebe, Staatl. Neubauleitung Kassel (25. 3. 1969); Alfred Horas, Staatl. Universitätsbauamt Ffm. (14. 4. 1969);

zu **Regierungsbaureferendaren (BaW)** Helga Denecke, Staatsbauamt Gießen (16. 1. 1969); Andreas Kling, Sonderbauamt Wetzlar (3. 3. 1969);

zu **Technischen Amtsräten (BaL)** die Regierungsbauamt-männer Emil Schmidt, Staatsbauamt Wiesbaden (18. 8. 1969); Gerhard Ludwig, Staatsbauamt Wetzlar (28. 6. 1969);

zu **Regierungsbauamtännern (BaL)** die **Regierungs-oberbauinspektoren** Wolfgang Grumbach, Staatsbauamt Offenbach (28. 11. 1968); Klaus Hillbricht, Staatsbauamt Arolsen (8. 8. 1969); Karl Schluckebier, Staatsbauamt Offenbach (25. 8. 1969); Wilfried Stadermann, Staatsbauamt Fulda (30. 5. 1969);

zu **Regierungs-oberbauinspektoren (BaL)** die **Regierungs-bauinspektoren** Erich Husar, Staatsbauamt Wiesbaden (19. 12. 1968); Karl-Rüdiger Jordan, Staatsbauamt Marburg (28. 3. 1969); Rudolf Rotter, Staatsbauamt Ffm. (30. 7. 1969); Egon Schneider, Sonderbauamt Marburg (28. 3. 1969); Werner Voilmar, Staatsbauamt Fulda (29. 5. 1969);

zum **Technischen Oberinspektor (BaL)** der Technische Inspektor Heinrich Mohr, Staatl. Universitätsbauamt Ffm. (23. 6. 1969);

zu **Regierungsbauinspektoren (BaL)** die **Regierungsbau- inspektoren zur Anstellung (BaP)** Dieter Agemar, Staatl. Universitätsbauamt Ffm. (19. 12. 1968); Wilhelm Battenberg, Sonderbauamt Bad Hersfeld (12. 8. 1968); Heinrich Kramer, Staatsbauamt Darmstadt (18. 11. 1968); Erhard Nell, Staatsbauamt Ffm. (21. 2. 1969); Karl-Wilhelm Rettig, Staatsbauamt Darmstadt (31. 7. 1969); Heinrich Ritter, Staatsbauamt Arolsen (1. 8. 1969); Adolf Vössing, Sonderbauamt Arolsen (18. 3. 1969); Gerd Schlicht, Sonderbauamt Ffm. (20. 12. 1968);

zu **Regierungsbauinspektoren zur Anstellung (BaP)** die **Regierungsbauinspektorenanwärter (BaW)** Hans Hannappel, Staatsbauamt Wiesbaden (14. 3. 1969); Günther Mühlhans, Staatl. Universitätsbauamt Marburg (23. 12. 1968); zum **Regierungs-obersekretär (BaL)** der **Regierungs- sekretär** Oswald Sauerwein, Staatl. Universitätsbauamt Gießen (19. 6. 1969);

in den Ruhestand getreten bzw. versetzt:

die **Regierungsbaudirektoren** Adolf Möreke, Staatsbauamt Wiesbaden (31. 10. 1968); Wilhelm Schwedes, Staatsbauamt Ffm. (31. 10. 1968); Paul Williams, Sonderbauamt Kassel (31. 3. 1969);

der **Technische Amtsrat** Heinrich Wiegand, Staatsbauamt Wiesbaden (30. 4. 1969);

der **Regierungs-oberbauinspektor** Ewald Horbach, Sonderbauamt Ffm. (31. 8. 1968).

Verteidigungslastenverwaltung

ernannt:

zum **Oberregierungsrat (BaL)** der **Regierungsrat** Karl-Heinz Sperner, VLA Wiesbaden (24. 4. 1969);

zu **Regierungsassessoren (BaP)** die **Assessoren** Hermann Clemm, VLA Ffm. (14. 4. 1969); Friedrich Krömmelbein, VLA Ffm. (20. 12. 1968);

Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds

ernannt:

zum **Regierungsassessor (BaP)** den **Vertragsangestellten** Heinz Browatzki, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (31. 3. 1969);

in den Ruhestand getreten:

der **Oberregierungsrat** Bernt Buchholz, FA Ffm.-Börse (31. 8. 1969);

die **Regierungsräte** Dr. Paul Irmeler, FA Groß-Gerau (31. 1. 1969); Willi Sandrock, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (30. 9. 1968); Dr. Heinrich Weber, FA Hanau (30. 11. 1968);

der **Steueramtmann** Dr. Theodor Eysel, FA Kassel-Spohrstraße (31. 12. 1968).

Frankfurt/Main, 18. 9. 1969

Oberfinanzdirektion

P 1400 — 50 — Lv I 62

St.Anz. 41/1969 S. 1710

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

f) Straßenbauverwaltung

ernannt:

zum **Ltd. Regierungsbaudirektor** **Regierungsbaudirektor** (BaL) **Diplom-Ingenieur** Hans-Horst Franke (16. 9. 1969);

zum **Regierungsbaudirektor** **Oberregierungsbaurat** (BaL) **Diplom-Ingenieur** Heinrich Marg (1. 9. 1969);

zum **Oberregierungsbaurat** **Regierungsbaurat** (BaL) **Diplom-Ingenieur** Dr. Johann Martin Deinhard (25. 7. 1969);

zum **Oberregierungsvermessungsrat** **Regierungsvermessungsrat** (BaL) **Diplom-Ingenieur** Karl-Heinz Andreas (15. 8. 1969);

zu **Regierungsbauräten (BaL)** die **Regierungsbaureferendare** (BaP) **Diplom-Ingenieure** Dieter Kühne (22. 8. 1969), Hans Roggenbuck (14. 6. 1969), Walter Schenkel (23. 6. 1969);

zu **Regierungsbauräten z. A. (BaP)** die **Diplom-Ingenieure** Ralf Domscheit (20. 8. 1969), Lothar Schlitt (21. 8. 1969);

zu **Regierungsbaureferendaren (BaP)** die **Baureferendare** **Diplom-Ingenieure** Dieter Engel (12. 6. 1969), Gerhard Schönberger (12. 6. 1969), Jürgen Ullrich (14. 8. 1969), Wolfgang Welwarsky (14. 8. 1969);

zu **Regierungsbaureferendaren (BaW)** die **Diplom-Ingenieure** Werner Glade (1. 9. 1969), Jürgen Knackstedt (1. 7. 1969), Gerd-Manfred Rolack (1. 7. 1969);

zu **Regierungsbauamtännern** die **Regierungs-oberbauinspektoren** (BaL) **Gernot Holleyn** (29. 8. 1969), **Siegfried Krause** (19. 8. 1969);

zum **Regierungsamtmann** **Regierungs-oberinspektor** (BaL) **Erich Mauruschat** (4. 6. 1969);

zu **Regierungs-oberbauinspektoren** die **Regierungs- bauinspektoren** (BaL) **Heinrich Gasche** (28. 7. 1969), **Stefan Klein** (28. 7. 1969), **Hans Werner Schmidt** (20. 5. 1969);

zum **Regierungsoberbauinspektor (BaL)** der Bewerber (Bauingenieur) Martin Boll (1. 9. 1969);
zum **Regierungsoberinspektor** Regierungsinspektor (BaL) Heinz Hubert (18. 8. 1969);

zu **Regierungsbauinspektoren (BaL)** die Regierungsbauinspektoren zur Anstellung (BaP) Walter Meurer (18. 7. 1969), Günter Reuschling (26. 7. 1969), Rudolf Rühl (26. 7. 1969), Ernst Schönheit (26. 7. 1969), Uwe Wegner (17. 7. 1969);

zum **Regierungsbauinspektor (BaP)** Regierungsbauinspektor zur Anstellung (BaP) Günter Gabke (14. 7. 1969);

zum **Regierungsinspektor (BaP)** Regierungsinspektor zur Anstellung (BaP) Heinz-Werner Grein (2. 8. 1969);

zum **Regierungsinspektor** der Regierungsobersekretär (BaL) Norbert Damer (20. 5. 1969);

zum **Regierungsinspektor** der Regierungsekretär (BaL) Hans Reinemer (16. 9. 1969);

zu **Regierungsbauinspektoren zur Anstellung (BaP)** die Regierungsbauinspektoranwärter (BaW) Johannes Hardt (22. 8. 1969), Werner Hohenhaus (22. 8. 1969), Harald Kutschera (17. 7. 1969), Udo Neubacher (17. 7. 1969);

zum **Regierungsbauinspektor zur Anstellung (BaP)** der technische Angestellte (Bauingenieur) Otto Fischer (9. 6. 1969);

zu **Regierungsbauinspektoranwärtern (BaW)** die technischen Angestellten (Bauingenieure) Rudolf Großkopf (1. 7. 1969), Walter Jauernik (1. 9. 1969), Wolfgang Stremmel (1. 9. 1969), Günter Tröger (15. 5. 1969);

zum **Regierungsbauinspektoranwärter (BaW)** der technische Angestellte Johann Lindauer (1. 7. 1969);

zu **Regierungsbauinspektoranwärtern (BaW)** die Bewerber (Bauingenieure) Herbert Bieger (1. 9. 1969), Gerd Hofheinz (1. 9. 1969), Winand Wolf (1. 8. 1969);

zum **Technischen Regierungsobersekretär** der Technische Regierungsekretär (BaL) Aloisius Stein (18. 8. 1969);

zum **Regierungssekretär zur Anstellung (BaP)** Regierungssekretär (BaW) Siegfried Brommecker (16. 7. 1969);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Regierungsinspektor (BaP) Wolfgang Schiling (11. 7. 1969);

in den Ruhestand getreten:

der Ltd. Regierungsbaudirektor Franz Peter Gottron (mit dem Ende des Monats August 1969);

Regierungsbaudirektor Heinrich Wiehl (mit dem Ende des Monats Juli 1969);

der Technische Oberamtsrat Karl Bastian (mit dem Ende des Monats Juni 1969);

Regierungsbauamtmann Herbert Pohse (mit dem Ende des Monats August 1969);

Regierungsamtmann Wilhelm Scheffer (mit dem Ende des Monats Juli 1969);

Regierungsoberbauinspektor Hans Groß (mit dem Ende des Monats August 1969);

in den Ruhestand versetzt:

Oberregierungsbaurat Feodor Strauß (mit Ablauf des Monats Mai 1969);

Regierungsoberbauinspektor Ernst Port (mit Ablauf des Monats August 1969);

der Technische Regierungsobersekretär Erich Fischer (mit Ablauf des Monats Juli 1969);

entlassen auf sein Verlangen:

Regierungsinspektor Rudolf Geisel (mit Ablauf des 31. 5. 1969);

entlassen auf sein Verlangen aus dem Beamtenverhältnis:

Regierungsbaureferendar Diplom-Ingenieur Lothar Schlitt (mit Ablauf des 21. 4. 1969);

entlassen aus dem Beamtenverhältnis:

Regierungsbauinspektoranwärter Hermann Helwig (mit Ablauf des Monats Juni 1969).

Wiesbaden, 18. 9. 1969

Hessisches Landesamt
für Straßenbau
1150 — 7 h 04

StAnz. 41/1969 S. 1711

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Gewerbeamtmann** Gewerbeoberinspektor (BaL) Rudl Burkard (31. 7. 1969) GAA Frankfurt/Main;

zum **Techn. Oberinspektor** Techn. Inspektor (BaL) Werner Brück (24. 6. 1969) TUA Darmstadt;

zu **Techn. Inspektoren z. A. (BaP)** die techn. Angestellten Friedrich Berth (23. 7. 1969) TUA Darmstadt, Gerhard Schneider (28. 7. 1969) TUA Frankfurt/Main, Franz Rölz (1. 8. 1969) TUA Frankfurt/Main, Anton Schanz (18. 8. 1969) TUA Darmstadt;

zu **Gewerbesekretär (BaW)** die Bewerber Walter Löw (1. 8. 1969) GAA Frankfurt/Main, Erwin Kleinhans (18. 8. 1969) GAA Darmstadt.

Darmstadt, 12. 9. 1969

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 (E)

StAnz. 41/1969 S. 1712

1439 KASSEL

Regierungspräsidenten

Einstellung von Regierungsinspektor-Anwärter(innen)

Die Regierung in Kassel stellt mit Wirkung vom 1. September 1970

Regierungsinspektor-Anwärter(innen)

in der allgemeinen Verwaltung ein. Die Bewerber(innen) müssen das 18. Lebensjahr vollendet und sollen das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben. Bewerber(innen), die am Einstellungstag das vorgeschriebene Lebensalter noch nicht erreicht haben, aber 16 Jahre alt sind, können zunächst als Praktikanten ausgebildet werden.

Es ist mindestens der erfolgreiche Besuch einer Realschule (Mittlere Reife) oder ein vergleichbarer Bildungsstand nachzuweisen.

Bewerbungsgesuche können bis zum 20. Januar 1970 vorgelegt werden. Dem Gesuch sind beizufügen:

1 Lichtbild (1969/1970),

handgeschriebener Lebenslauf,

begl. Abschrift von Schulzeugnissen (Abgangs-, Abschlusszeugnis oder vom letzten Schulzeugnis),

begl. Abschrift von Zeugnissen über Tätigkeit nach der Schulentlassung (Lehrabschlusszeugnis u. a.),

Bescheinigung über die Beherrschung der Kurzschrift und über Fertigkeiten im Maschinenschreiben (ersatzweise eine Erklärung, daß die erforderlichen Kenntnisse während der Ausbildung nachgewiesen werden),

Einverständniserklärung der gesetzlichen Vertreter mit der Berufswahl (nur bei minderjährigen Bewerbern).

Die Auswahl unter den Bewerbern und Bewerberinnen wird nach dem Ergebnis einer Eignungsprüfung getroffen. Weitere Auskünfte, z. B. über die Höhe des Unterhaltszuschusses während der dreijährigen Ausbildungszeit, werden auf Anfrage erteilt.

Kassel, 24. 9. 1969

Der Regierungspräsident

3500 Kassel 2, Postfach 747
Steinweg 6

StAnz. 41/1969 S. 1712

Buchbesprechungen

UStG-Mehrwertsteuer-Kommentar von Sölich-Ringleb. — Loseblatt-Ausgabe. 6. Ergänzungslieferung, 268 S. Dünndruckpapier, 13,50 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Textteil und Anhang des zuletzt in StAnz. 1969 S. 591 besprochenen Mehrwertsteuer-Kommentars von Sölich-Ringleb werden durch die 6. Ergänzungslieferung auf den Stand vom 1. Juni 1969 gebracht. Es fehlen also u. a. noch der am 28. Juni 1969 ergangene bedeutsame Einführungsbescheid des Bundesministers der Finanzen zum Vorsteuerabzug (§ 15 UStG 1967) und die Siebente Durchführungsverordnung vom 24. Juli 1969.

Etwa zwei Drittel der über 260 Seiten umfassenden 6. Ergänzungslieferung sind der Kommentierung gewidmet. Bei § 4 UStG 1967 (Steuerbefreiungen) liegen nunmehr in mehr als fünfzig Textziffern die Erläuterungen zu den Nummern 1 bis 7 vor. Neu und jeweils vollständig ist die Kommentierung der §§ 10 (Bemessungsgrundlage für Lieferungen, sonstige Leistungen und Eigenverbrauch), 19 (Besteuerung von Unternehmern mit niedrigem Gesamtsatz) und 27 (Allgemeine Übergangsvorschriften) des UStG 1967 sowie des Absicherungsgesetzes vom 29. November 1968. Das verhältnismäßig langsame Fortschreiten der Kommentierung ist, was sich ungeduldige Bezahler des Loseblattwerkes immer wieder vergegenwärtigen sollten, kein zu hoher Preis angesichts der außerordentlich sorgfältigen Erläuterungen, die inhaltlich durch Vollständigkeit und Zuverlässigkeit bestechen und in formeller Hinsicht, was Aufbau und Übersichtlichkeit betrifft, als vorbildlich bezeichnet werden können.

Die bereits angekündigte 7. Ergänzungslieferung wird die Erläuterungen der §§ 12 (Steuersätze) und 15 (Vorsteuerabzug) des UStG 1967 enthalten, also Vorschriften von besonders großer praktischer Bedeutung gewidmet sein.

Regierungsdirektor Frenkel

Hessische Verfassungs- und Verwaltungsgesetze. Textsammlung hessischer Gesetze und Verordnungen staats- und verwaltungsrechtlicher Inhalts. Herausgegeben von Dr. Eberhard F u h r, Verwaltungsgerichtsdirektor, und Erich P f e i l, Erster Landesdirektor, Ministerialdirektoren A. D. 19. Ergänzungslieferung. 1969. 370 Seiten. 16,80 DM. Verlag C. H. Beck, München.

Die Ergänzungslieferung, die den Zeitraum bis zum 1. Februar 1969 umfaßt, enthält an wichtigen neuen Vorschriften insbesondere das Hessische Architektengesetz vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 259) und die Ausführungsverordnung hierzu, das Sechste Besoldungserhöhungsgesetz vom 8. Juli 1968 (GVBl. I S. 179), das Gesetz über die Amtszeit der Personalvertretungen vom 13. Dezember 1968 (GVBl. I S. 312), die Verordnung über die Zuständigkeit zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Abs. 1 Satz 1 Straßenverkehrsgesetz vom 7. Dezember 1968 (GVBl. I S. 296) und die Verordnung über die örtliche Zuständigkeit der Amtsgerichte im Bußgeldverfahren bei Ordnungswidrigkeiten nach dem Straßenverkehrsgesetz vom 6. Dezember 1968 (GVBl. I S. 313).

Ferner sind in der Lieferung enthalten die Neufassungen des Finanzvergleichsgesetzes, des Hessischen Sparkassengesetzes, des Abgeordnetenentschädigungsgesetzes der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags sowie des Gesetzes über die Beaufichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben, Tiefspeichern und Tiefbohrungen.

Auch alle anderen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die in dem maßgeblichen Zeitraum neu erlassen oder geändert wurden, sind berücksichtigt.

Handbuch des Manöverrechts. Vorschriftenammlung mit Erläuterungen, bearbeitet von Ernst Richard P u r s c h, herausgegeben von Dr. Rüdiger G ö b, 1969, 282 S., kart., 48,— DM. Deutscher Gemeindeverlag, Köln; W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

Das vor wenigen Wochen beendete Herbstmanöver „Großer Rösselsprung“ hat das Recht deutscher und verbündeter Streitkräfte, in der Bundesrepublik Manöver und andere Übungen durchzuführen, einmal mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt.

Für die Bundeswehr gründet sich das Recht zur Durchführung von Manövern unmittelbar auf die verfassungsrechtliche und gesetzliche Anerkennung dieser Institution. Die ausländischen Streitkräfte hingegen leiten die Manöverberechtigung aus Nr. 45, 46 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut ab.

Zusammengefaßt ist das Manöverrecht der Bundesrepublik im Dritten Teil des Bundesleistungsgesetzes. Hier sind die speziellen Manöverrechte geregelt, die Anforderung und Entschädigung von Manöverleistungen, Fragen der Nutzungsbeeinträchtigungen an Grundstücken und schließlich die Ersatzleistungen für verursachte Manöverschäden.

Darüber hinaus ist eine Anzahl von allgemeinen Rechtsvorschriften zu beachten.

Ergänzt wird das deutsche Manöverrecht durch die zwischenstaatlichen Vereinbarungen, in denen die Rechte und Pflichten der Bündnispartner in der Bundesrepublik festgelegt sind.

Wer sich deshalb über Fragen dieses Rechtsgebietes einen geschlossenen Überblick verschaffen wollte, hatte bisher bei der verwirrenden Vielfalt der Vorschriften und der Vielzahl der Fundstellen erhebliche Mühe und Zeit aufzuwenden.

Es ist das Verdienst des Verfassers, hier eine Lücke geschlossen zu haben mit einem handlichen Buch, das jedem Interessenten die Möglichkeit gibt, sich mit den Grundlagen des Manöverrechts schnell und zuverlässig vertraut zu machen.

Die Zielsetzung des Buches ist in seinem erläuternden Vorwort angezeigt: Das aus der Praxis angeregte „Handbuch des Manöverrechts“ will den Behörden und Dienststellen ein Helfer sein, dem Leistungspflichtigen und Entschädigungsberechtigten und anderen interessierten Kreisen kann es als Nachschlagewerk dienen.

Die Bedürfnisse der Praxis bestimmen dementsprechend Anlage und Inhalt des Buches.

Der Verfasser hat die einschlägigen Vorschriften des deutschen Leistungsrecht und der zwischenstaatlichen Vereinbarungen mit sachkundiger Hand zusammengestellt und erläutert.

Einem wohlthuend übersichtlichen Inhaltsverzeichnis folgt eine Einführung in die historische Entwicklung und die Materie des Manöverrechts. Das Buch ist gegliedert in die drei Hauptteile: „Allgemeine Rechtsvorschriften“, „Manöverleistungen und ihre Anforderungen“, „Entschädigungen und Ersatzleistungen“. Der Abdruck der amtlichen Vordruckmuster für das Anforderungsverfahren nach dem Bundesleistungsgesetz mit den einschlägigen Erlassen des Bundesministers der Verteidigung im „Anhang“ wird den Wünschen der sachbearbeitenden Behörden und Dienststellen entgegenkommen. Ein Fundstellenverzeichnis und ein noch ausbaufähiges Stichwortregister schließen das Buch ab, das als vorzüglicher Wegweiser nicht nur für die Verwaltungspraxis, sondern auch für jeden, der sich über das Manöverrecht informieren möchte, empfohlen werden kann.

Oberregierungsrat L e n h a r d t

Die Baunutzungsverordnung, Kommentar von Müller/Neuffer. Dritte, neubearbeitete Auflage 1969, 172 S., 13,60 DM. Richard Boorberg Verlag, Stuttgart / München / Hannover.

Die 3. Auflage des in erster Auflage 1963 noch von Weinsch mitherausgegebenen Kommentars wurde erforderlich durch die auf Grund der durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. November 1968 (BGBl. I S. 1233) eingetretenen umfangreichen Änderungen der Baunutzungsverordnung.

Nach dem Textteil gibt die Einleitung einen anschaulichen Überblick über die Entwicklung der Baunutzungsverordnung auf der geschichtlichen Grundlage der mindestens seit Ende des vorigen Jahrhunderts erkennbar gewordenen Regelungsbedürftigkeit der Bauausübungsfähigkeit unserer Grundstücke und endet mit der Zusammenfassung der nunmehr eingetretenen wesentlichen Änderungen. Im eigentlichen Kommentar ist die Materie in der aus den vorangegangenen Auflagen bekannten Manier übersichtlich und — dem Umfang des Kommentars entsprechend ausreichend — behandelt, wobei die Verfasser bemüht waren, auch den neuesten Stand der Rechtsprechung einzuarbeiten. Insgesamt gesehen wird der Kommentar von Müller/Neuffer dem Praktiker des Baurechts eine Stütze bleiben, zumal das umfangreiche Sachregister (dem die Texte der Baunutzungsverordnung Fassung 1962, der Änderungsverordnung 1968 und der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 19. 1. 1965 vorangestellt sind) auch dem mit der Materie weniger vertrauten Benutzer eine wesentliche Erleichterung bietet.

Was für die hessischen Interessenten noch hervorzuheben ist, ist die Tatsache, daß im vom Mitherausgeber Müller allein herausgegebenen „Baurecht in Hessen“ der vorliegende als Müller/Neuffer gekennzeichnete Kommentar vollinhaltlich enthalten ist, so daß sich für die Benutzer des Müllerschen Baurechtskommentars eine Anschaffung des Müller/Neuffer nur lohnt, wenn sie eine handliche Ausgabe allein des Baunutzungsverordnungskommentars zusätzlich wünschen.

Richter Dr. Metzner

Verfassung des Landes Hessen. 4. Lieferung zum Kommentar, herausgegeben von Dr. h. c. Dr. e. h. Georg August Z i n n, Ministerpräsident des Landes Hessen, Prof. Dr. Erwin S t e i n, Bundesverfassungsrichter, Hessischer Kultus- und Justizminister a. D. unter Mitarbeit von Wiltraut R u p p v. B r ü n n e c k, Bundesverfassungsrichterin, Dr. Berthold B a r w i n s k i, Ministerialdirigent a. D., Hans-Joachim R e h, Ministerialdirigent in der Hessischen Staatskanzlei, Dr. Gerhard K o n o w und Dr. Friedrich Karl S c h o n e b o h m, Ministerialräte in der Hessischen Staatskanzlei. 10,05 DM. Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich.

In der Besprechung der zweiten und dritten Ergänzungslieferung (StAnz. 1969 S. 883) der Neuauflage des „Zinn-Stein“ (StAnz. 1964 S. 96) wies ich darauf hin, daß das Abgeordnetenentschädigungsgesetz geändert worden sei und daß sich der Hessische Landtag eine neue Geschäftsordnung gegeben habe. Beide Änderungen dieser zu Beginn des Kommentars abgedruckten Vorschriften sind in der neuesten Ergänzungslieferung berücksichtigt. Dieser Nachtrag bringt nicht nur die neuen Texte, sondern auch einen weiteren Zwischenkarton für einen neuen „Teil A 1 — Außer Kraft getretene Vorschriften“. In diesem Teil werden die Blätter mit den alten Gesetzestexten abgelegt. Auf die alten Vorschriften muß oft zurückgegriffen werden. Da der Ordner durch die bisherigen Lieferungen noch nicht stark ist, gehen die außer Kraft getretenen Texte auf diese Weise nicht verloren, sie sind vielmehr griffbereit nach den geltenden Vorschriften eingeordnet, ohne den Band besonders zu belasten.

Neben einem neuen Sachregister enthält die 4. Ergänzungslieferung außerdem die Kommentierung der Art. 79 bis 86 HV. Die Erläuterungen zu Art. 81 und 82 sind in denen zu Art. 79 enthalten (Erläuterung 7 zu Art. 79 HV). Da die 3. Ergänzungslieferung die Kommentierung der Art. 75, 78 und 95 bis 97 HV enthielt (StAnz. 1969 S. 883), ist der den Landtag betreffende Abschnitt der Hessischen Verfassung jetzt fast vollständig erläutert. Es fehlen nur noch die Erläuterungen zu den Vorschriften, die durch die Geschäftsordnung des Landtags ergänzt werden. Deren Kommentierung lohnt sich erst, seitdem die neue Geschäftsordnung in Kraft getreten ist. In den Erläuterungen dieser Ergänzungslieferung ist die Geschäftsordnung 1968 bereits berücksichtigt.

In den Erläuterungen zu Art. 79 werden besonders ausführlich die Fragen erörtert, die sich aus dem Grundsatz der Diskontinuität des Parlaments ergeben. Die Verfasser melden in Erläuterung 4 zu Art. 79 Bedenken gegen Art. 115 h Abs. 1 GG an. Sie meinen, auch der Bundesgesetzgeber könne fällige Landtagswahlen nicht hinausschieben. Dies sei ein unzulässiger Eingriff in die Verfassung des Landes und in das Wahlrecht des Staatsbürgers.

Auch in dieser Ergänzungslieferung zeigt sich wieder, daß die Verfasser über das Landesrecht hinausschauen, spezielle Probleme der Hessischen Verfassung mit allgemeinen staatsrechtlichen Erörterungen verbinden (Bachof-Pietzcker, DöV 1969 S. 580, 581) und Verbindungen zum Bundesrecht ziehen. Regierungsdirektor Dr. R e u ß

1969

Montag, den 13. Oktober 1969

Nr. 41

Gerichtsangelegenheiten

3391 Zulassung

VIII 98: Herrn Michael Hofferberth, 61 Darmstadt, Hochstraße 62, wurde die Zulassung als „Rechtsbeistand für Kriegsdienstverweigerer“ erteilt.

Der Geschäftssitz ist Darmstadt.

Das Auftreten in mündlicher Verhandlung vor Gericht ist nicht gestattet.

61 Darmstadt, 29. 9. 1969

Der Landgerichtspräsident

Veröffentlichungen

3392

Verlust eines Dienstausschusses

Der von dem Kreisausschuß des Landkreises Marburg in Marburg ausgestellt Dienstausschweis Nr. 58 der Kreisfürsorge-Brigitte Bartuschat, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

355 Marburg, 22. 9. 1969

Der Kreisausschuß
des Landkreises Marburg

3393 Güterrechtsregister

Neueintragungen

GR 1312 — 18. 9. 1969: Eheleute Kaufmann Walter Hubert Tholl und Hannelore Maria Tholl, beide in Oberursel. Durch Vertrag vom 28. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1313 — 26. 9. 1969: Eheleute Maler Waldemar Saller und Monika Saller, geb. Reinhard, beide in Oberursel.

Durch Vertrag vom 8. Mai 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 1314 — 26. 9. 1969: Eheleute Kaufmann Rolf Kube und Ingrid Kube, geb. Buthmann, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 15. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

Veränderung

GR 1222 — 18. 9. 1969: Eheleute August Wilhelm Reinhardt, Fabrikant, und Gisela Reinhardt, geb. Wustmann, Prokuristin, beide in Bad Homburg v. d. H.

Durch Vertrag vom 5. Mai 1969 ist die Gütertrennung aufgehoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinn-gemeinschaft vereinbart.

638 Bad Homburg v. d. H., 3. 10. 1969

Amtsgericht

3394

73 GR 11 829: Kaufmann Robert Vinzenz Hartmann und Lieselotte, geb. Bächstädt, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 30. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 830: Diplom-Kaufmann Bruno Hild und Margot, geb. Faul, Niederhofheim.

Durch Ehevertrag vom 9. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 831: Kaufmännischer Angestellter Martin Flach und Elke, geb. Blunck, Eschborn (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 18. Juni 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 832: Kaufmännischer Angestellter Altfried Mertens und Barbara Gislinde, geb. Wesener, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 833: Koch Hartmut Bischoff und Erika, geb. Schmitt, Sulzbach (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 12. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 834: Rentner Johann Usinger und Magdalena, geb. Wehner, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 11. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 835: Technischer Betriebsleiter Gerhard Schubert und Ellen, geb. Englert, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 1. September 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 836: Architekt Manfred Ernestus und Gisela, geb. Hering, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 29. Mai 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 837: Elektro- und Fernmelde-mechanikermeister Arnim Otto Konstantin Paul Horst Liedtke und Barbara, geb. Armer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 838: Schlosser Albrecht Stüber und Marlies, geb. Plagemann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 25. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 839: Kaufmann Hossein Hosseinzadeh und Ilona, geb. May, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. April 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 840: Kaufmann Horst Lahm und Anneliese Marié, geb. Gryscka, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 23. April 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 841: Geschäftsführer Lothar Anton Ledermann und Hannelore Maria, geb. Köster, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 15. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 842: Kaufmann Willi-Ernst Schuenemann und Elisabeth Sophie-Luise Erna, geb. Geyger, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 27. Juni 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 843: Versicherungskaufmann Hans Dietrich Spitz und Ursula, geb. Schmidt, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 3. Juni 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 844: Werbeleiter Johann Pui-ster und Sabine, geb. Leise, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 8. Sept. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 845: Tankwart Oskar Schüssler und Ottilie, geb. Scheld, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. Sept. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 846: Tankstellenpächter Heinz Ungerer und Waltraud, geb. Jäger, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 19. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 847: Kaufmännischer Angestellter Karl Weber und Sophia Sonja, geb. Klarner, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 29. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 848: Dipl.-Ingenieur Sven Albrecht und Silke, geb. Nottebohm, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 23. Mai 1969 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Ehegatten ist das im Vertrag vom 23. 5. 1969 aufgeführte Vermögen.

73 GR 11 849: Musiker Erich Alfred Leicht und Birgitte Veronika Lisette, geb. Krafft, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 28. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 850: Lagerarbeiter Klaus Dieter Scheuner und Edith Katharina Henriette, geb. Rauscher, Frankfurt (Main).

Der Mann hat das Recht der Frau innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

73 GR 11 851: Verlagskaufmann Rolf Karber und Elke Sophie Christiane, geb. Schultz, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Juli 1968 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 852: Arthur D. Avedisian. Langenhain (Taunus), und Dagmar Emma Irene, geb. Luckow, Hofheim (Taunus).

Der Mann hat die Berechtigung seiner Frau, Geschäfte mit Wirkung für ihn zu besorgen, ausgeschlossen.

73 GR 11 853: Bauingenieur Dipl.-Ing. Thomas Funk und Lore, geb. Hans, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 854: Versicherungsangestellter Ortwin Zülch und Margarethe, geb. Slutsky, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 15. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 5743: Malermeister Gustav Reinhold Schenke und Anni Ruth, geb. vom Wege, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 1. Sept. 1969 ist die Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 9624: Maschinist Heinz Walter Weigt und Alice Marianne, geb. Babel, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 28. August 1969 ist der Güterstand der Gütertrennung aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 2 10 1969

Amtsgericht, Abt. 73

3395

Neueintragung

GR 270: Eheleute Buchhalter Wilfried Gellrich und Gabriele Gellrich geb. Böhm, beide in Bad Orb, von-Dalberg-Straße 48.

Durch Vertrag vom 25. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 16. 9. 1969 Amtsgerecht

3396**Neueintragung**

GR 269: Eheleute Maurer Siegfried Raupach und Theresia geb. Staub, beide wohnhaft in Lohrhaupten (Krs. Gelnhausen), Kirchweg 1.

Durch Vertrag vom 25. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 16. 9. 1969 **Amtsgericht**

3397**Neueintragung**

GR 271: Eheleute Baukaufmann Kurt Philipp Rühel und Ehefrau Elfriede Rühel geb. Schaffer, beide in Wächtersbach, Kirchgasse 1.

Durch Vertrag vom 16. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

646 Gelnhausen, 16. 9. 1969 **Amtsgericht**

3398**Neueintragungen**

GnR 2026 — 19. 9. 1969: Eheleute Mechaniker Peter Nuss und Johanna geb. Stöhr, Leihgestern.

Durch Vertrag vom 11. April 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GnR 2027 — 19. 9. 1969: Eheleute kaufmännischer Angestellter Peter Laqual und Sigrid geb. Troll, Gießen.

Durch Vertrag vom 25. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

63 Gießen, 24. 9. 1969 **Amtsgericht**

3399**Neueintragung**

4 a GR 441 A — 22. 9. 1969: Ehegatten: Johannes Janse, Kranführer, und Johanna, geb. Krelle, beide in Walldorf, Platanenallee 32.

Durch Vertrag vom 6. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

608 Groß-Gerau, 26. 9. 1969 **Amtsgericht**

3400

8 GR 182: Deuker, Georg, Kaufmann in Rauschholzhausen (Krs. Marburg/Lahn), Haus Nr. 164 und Deuker, Marlene geb. Vogel, Kauffrau, daselbst.

Durch notariellen Vertrag vom 3. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 16. 9. 1969 **Amtsgericht**

3401**Neueintragung**

8 GR 547 — 17. September 1969: Eheleute Diplom-Kaufmann Robert Ernst Sand und Doris Ruth Susanne Sand geb. Noll, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 12. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 26. 9. 1969 **Amtsgericht**

3402**Neueintragung**

8 GR 548 — 22. September 1969: Eheleute Student Peter Alexander Ilau und Lieselotte Luise Ilau, geb. Schubert, beide wohnhaft in Kronberg (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 20. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 26. 9. 1969 **Amtsgericht**

3403**Neueintragung**

8 GR 549 — 23. September 1969: Eheleute Dipl.-Ingenieur Karl Peter Lohnes und Renate Lohnes geb. Zell, beide wohnhaft in Kelkheim (Taunus).

In der notariellen Urkunde vom 31. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

624 Königstein (Taunus), 26. 9. 1969 **Amtsgericht**

3404**Neueintragung**

5 GR 256: Die Eheleute techn. Angestellter Georg Irrgang jun. und Barbara geb. Schreck, Lampertheim, haben durch Ehevertrag vom 25. 8. 1969 den Güterstand der Gütergemeinschaft vereinbart.

684 Lampertheim, 22. 9. 1969 **Amtsgericht**

3405**Neueintragungen**

4 GR 350 — 19. Sept. 1969: Bernd Manfred Frankenberger, Feinblechner, und Waltraud geb. Müller, Langen, Friedrichstraße 10.

Durch Vertrag vom 2. September 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

4 GR 351 — 19. Sept. 1969: Hans Jürgen Wilhelm Hermann Christmann, Tischlermeister, und Ursula Renate geb. Bütepage, Langen (Hessen), Wilhelmstraße 38.

Durch Vertrag vom 26. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen, 22. 9. 1969 **Amtsgericht**

3406**Neueintragung**

4 GR 352 — 26. 9. 1969: Heinrich Brücher, Maurermeister, und Marie Katharine Brücher, geb. Betz, Dreieichenhain, Maienfeldstraße 14.

Durch Vertrag vom 22. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen, 30. 9. 1969 **Amtsgericht**

3407**Neueintragung**

GR 804 — 29. August 1969: Ehegatten Klaus Ehlebrecht, Fotografenmeister, und Elisabeth geb. Hübner, beide wohnhaft in Marburg, Universitätsstraße 54.

Durch notariellen Vertrag vom 15. Juli 1969 ist unter Aufhebung der Zugewinnsgemeinschaft Gütertrennung vereinbart worden.

355 Marburg (Lahn), 29. 8. 1969 **Amtsgericht**

3408**Neueintragung**

GR 805 — 3. September 1969: Ehegatten Reinhard Paffrath, Bildhauermeister, und Christel geb. Pawlak, beide Marburg (Lahn), Ockershäuser Allee 13.

Durch notariellen Vertrag vom 11. August 1969 ist unter Aufhebung des gesetzlichen Güterstandes Gütertrennung vereinbart worden.

355 Marburg (Lahn), 28. 8. 1969 **Amtsgericht**

3409

GR 3921 — 25. 9. 1969: Eheleute Hans Jörg Kohl-Landgraf und Ilona Katharina, geb. Schwarz, in Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 31. Juli 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3922 — 30. 9. 1969: Eheleute Harald Mayer und Brigitte Ursula, geb. Hein, in Offenbach (Main).

Durch notariellen Vertrag vom 15. September 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3923 — 30. 9. 1969. Eheleute Wolfgang Dumke und Dorit Renate, geb. Weiß, in Neu-Isenburg.

Durch notariellen Vertrag vom 19. September 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3924 — 30. 9. 1969: Eheleute Dr. Bruno Bentzien und Elisabeth, geb. Lemke, in Offenbach (Main).

Durch notariellen Vertrag vom 25. Aug. 1945 ist Gütertrennung vereinbart.

605 Offenbach (Main), 30. 9. 1969 **Amtsgericht, Abt. 5**

3410

GR S 102: Conradi, Helmut, Anstreicher, geb. am 17. 2. 1937, und Ehefrau Margret Conradi, geb. Stämmeler, geb. 26. 3. 1943, in Friedigerode, Haus Nr. 60.

Durch Vertrag vom 7. Juni 1969 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht den Eheleuten gemeinsam zu.

Eingetragen am 29. 9. 1969.

3578 Treysa, 29. 9. 1969 **Amtsgericht**

3411

GR S 103: Flach, Walter, Verwaltungsangestellter, geb. am 8. 3. 1922, und Ehefrau Ursula Flach, geb. Breul, geb. am 17. 4. 1939, in Neukirchen (Kreis Ziegenhain), Hasselberg 14.

Durch Vertrag vom 7. August 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

Eingetragen am 29. September 1963.

3578 Treysa, 29. 9. 1969 **Amtsgericht**

3412

7 GR 448 — 24. September 1969: Fritz Rose, Buchhalter, und Margarethe Rose geb. Herold, Weilburg, Westerwaldstraße 28.

Durch notariellen Ehevertrag vom 29. 8. 1969 ist Gütertrennung vereinbart.

629 Weilburg, 24. 9. 1969 **Amtsgericht**

3413

GR 606: Eheleute Kaufmann Karl Siegl und Christina Berta geb. Watzka, in Hermannstein.

Durch notariellen Vertrag vom 27. Juni 1969 — Urkundenrolle Nr. 36/1969 des Notars Dr. Walter Schlauske in Wetzlar — ist Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 17. 9. 1969 **Amtsgericht**

3414

GR 136: Techniker Johannes Konrad Helmut Rest und Waltraud Elisabeth Rest geborene Schneider wohnhaft in Wolfhagen, Waldstraße 31, haben durch Vertrag vom 18. August 1969 Gütertrennung vereinbart.

3547 Wolfhagen, 17. 9. 1969 **Amtsgericht**

3415 Vereinsregister**Neueintragung**

VR 291: Schützenverein Philippsthal, in Philippsthal.

643 Bad Hersfeld, 1. 10. 1969 **Amtsgericht**

3416**Neueintragung**

VR 337 — 6. Oktober 1969: Name: Volkshochschule für den Landkreis Biedenkopf; Sitz: Biedenkopf.

356 Biedenkopf, 6. 10. 1969 **Amtsgericht**

3417

VR 171 — 12. 9. 1969: Kindergarten-gemeinde; Sitz: Ober-Roden.

611 Dieburg, 15. 7. 1969 **Amtsgericht**

3418**Neueintragen**

mit dem Sitz in Frankfurt (Main)

73 VR 5672 — 12. August 1969: Fédération Internationale des Communautés d' Enfants (FICE) — Internationale Gesellschaft für Heimerziehung — Sektion Bundesrepublik Deutschland.

73 VR 5683 — 11. Sept. 1969: Angelsportverein Frankfurt (Main) - Hedderheim.

73 VR 5685 — 16. Sept. 1969: PRO FAMILIA — Deutsche Gesellschaft für Familienplanung.

73 VR 5686 — 16. Sept. 1969: FKK CLUB INTERNATIONAL — FKK TOURISTIK INTERNATIONAL.

73 VR 5690 — 18. Sept. 1969: Kinderheim Preungesheim.

73 VR 5691 — 23. Sept. 1969: Caravan Club von Hessen im ADAC.

73 VR 5693 — 24. Sept. 1969: Christliche Ostmission.

73 VR 5695 — 30. Sept. 1969: Katholisches Blindenwerk Hessen.

73 VR 5696 — 30. Sept. 1969: Gütegemeinschaft kunstharzgebundener Putze.

73 VR 5697 — 30. Sept. 1969: Western-Club „Los Comancheros“.

*

73 VR 5689 — 23. Sept. 1969: Tennis-Club „Blau-Weiß“.

Sitz: Zeppelinheim.

6 Frankfurt (Main), 2. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 72

3419

VR 98 — 18. 6. 1969: Verkehrsverein Niederwerbe e. V., Niederwerbe.

354 Korbach, 6. 10. 1969 **Amtsgericht**

3420

VR 99 — 18. 6. 1969 Schützenverein 1930 Sudeck e. V., in Sudeck.

354 Korbach, 3. 10. 1969 **Amtsgericht**

3421

VR 99: Turn- und Sportverein 1906 (TSV 1906), Altmorschen; Sitz: Altmorschen.

3508 Meisungen, 24. 9. 1969

Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse**3422****Beschluß**

VN 2/69: Die Gesellschaft für Elektronik & Meßtechnik mbH., in Ober-Eschbach, Mainzer Straße 1, vertreten durch ihren Geschäftsführer Theodor Zollmann aus Bad Homburg v. d. H., Hasselmann Ring 28, hat durch einen am 1. 10. 1969 eingegangenen Antrag auf Eröffnung des Vergleichs-Verfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichs-Ordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichs-Verfahrens der

Rechtsanwalt Fölsing, Bad Homburg v. d. H., Castillostraße 15, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden der Schuldnerin auferlegt:

Es wird gegen die Schuldnerin heute, um 12.15 Uhr, ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Über Vermögens-Gegenstände darf die Schuldnerin nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen, Verbindlichkeiten darf sie nur mit dessen Zustimmung eingehen (§§ 12, 57 ff. Vergleichs-Ordnung).

6368 Bad Vilbel, 1. 10. 1969

Amtsgericht

3423

N 17/69 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Gesellschaft für Abwassertechnik GmbH. & Co. KG., Ober-Eschbach,

ist am 3. 10. 1969, um 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: RA Fölsing, Bad Homburg v. d. H., Castillostraße 15.

Erste Gläubigerversammlung 3. 11. 1969, um 11.00 Uhr; Prüfungstermin: 21. 11. 1969, um 10.00 Uhr.

6368 Bad Vilbel, 3. 10. 1969

Amtsgericht

3424**Beschluß**

81 N 262/67: Das Konkursverfahren über das Vermögen der BERWIE Rohrleitungsbau u. Elektro-Industrieanlagenbau Gesellschaft mbH., Frankfurt (Main)-Höchst, zuletzt Hofheim (Taunus), Zeilsheimer Straße 48, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 29. 9. 1969

Amtsgericht, Abt. 81

3425

81 N 288/69 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Kauffrau Maria Konrad, Frankfurt (Main) - Schwanheim, Sonnenweg 126,

wird heute, am 1. Okt. 1969, um 14.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans Lohmann, 6 Frankfurt (Main), Bergerstraße 98; Tel.: 43 34 61.

Konkursforderungen sind bis zum 30. 10. 1969 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 14. Nov. 1969, um 11.00 Uhr; Prüfungstermin: 5. Dezember 1969, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. Oktober 1969 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 2. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 81

3426

81 N 273/69 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Tankwächter Vertriebsgesellschaft mbH., Frankfurt (Main) - Nied, Luthmerstraße 2b,

wird heute, am 1. Okt. 1969, um 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Helmut Masche, Frankfurt (Main), Zeil 65-69; Tel.: 28 58 24.

Konkursforderungen sind bis zum 30. 10. 1969 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 21. Nov. 1969, um 10.50 Uhr; Prüfungstermin: 5. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. Oktober 1969 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 2. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 81

3427

81 N 42/68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Albert Hahn, 6 Frankfurt (Main), Große Eschenheimer Straße 39 a, Inh. der Firma Albert Hahn, Bauunternehmung, 6 Frankfurt (Main), Gr. Eschenheimer Str. 39 a,

soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 49 797,15 DM, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten und evtl. weitere Kosten des Verfahrens.

Zu berücksichtigen sind 199 857,05 DM bevorrechtigte und 2 147 930,83 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7/11, Abt. 81 — Konkurs —, auf.

6 Frankfurt (Main), 7. 10. 1969

Der Konkursverwalter:
Brauburger
Steuerberater

3428

2 N 10/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fritz Weimann, früher Stockstadt, jetzt Dieburg, Schloßgasse 9, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben

608 Groß-Gerau, 29. 9. 1969

Amtsgericht

3429**Beschluß**

N 13/67: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Karl Gürtel Pelzveredlung, Hefttrich (Taunus), Kräfteler Straße, wird gemäß § 204 KO eingestellt.

627 Idstein (Taunus), 16. 9. 1969

Amtsgericht

3430

50 N 75/66: Im Konkurs über das Vermögen der Autohaus Ost GmbH., Kassel Sommerweg 5, ist Schlußtermin gem. § 162 KO, auf den 13. November 1969, um 14.00 Uhr, Amtsgericht Kassel, Frankfurter Straße 9, Saal 106, bestimmt.

Weitere Tagesordnung. Beschlüßfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 1039,09 DM, seine Auslagen sind auf 50,— DM festgesetzt.

35 Kassel, 30. 9. 1969

Amtsgericht

3431

5 N 4/69: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Werner Neik**, Neustadt, ist auf Vorschlag der Gläubigerversammlung vom 16. September 1969 an Stelle des vorläufig bestellten Konkursverwalters, Herr Rechtsanwalt Dr. Tammenhain, in Kirchhain,

Herr Rechtsanwalt Bernhard Prediger, Kirchhain (Bez. Kassel), zum Konkursverwalter ernannt worden.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 2. 10. 1969

Amtsgericht

3432**Beschluß**

1 N 4 u. 5/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen

1. der in HRA 354 eingetragenen Firma **Revaplast KG. Walter Lohse** in Sachsenhausen (Waldeck) — alleiniger, persönlich haftender Gesellschafter der zu 2. Genannte,

2. der **Ing. Walter Lohse** in Korbach, Rosenstraße 30,

wird, nachdem der im Vergleichstermin am 11. 11. 1968 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 9. 12. 1968 bestätigt worden ist, hiermit **aufgehoben**.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist festgesetzt auf 7000,— DM, seine Auslagen auf 254,30 DM.

Die Vergütung für die Gläubigerausschußmitglieder ist festgesetzt auf 221,40 DM, ihre Auslagen auf 218,60 DM.

354 Korbach, 24. 9. 1969

Amtsgericht

3433**Beschluß**

1 N 11/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Wilhelm Valentin**, in Sachsenhausen, Wilhelmstraße 30, — **Alleininhaber der Firma Telegraphenbau-Bedarf W. Valentin**, Sachsenhausen, —

wird, nachdem der im Vergleichstermin am 22. August 1969 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 22. 8. 1969 bestätigt worden ist, hiermit **aufgehoben**.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist festgesetzt auf 8000,— DM, seine Auslagen auf 720,— DM.

Die Vergütung für die Gläubigerausschußmitglieder ist insgesamt festgesetzt auf 2500,— DM.

354 Korbach, 29. 9. 1969

Amtsgericht

3434

5 VN 2/69 — **Vergleichsverfahren**: Über das Vermögen des **Kaufmanns Hans Porth** aus Langen (Hessen), Liebigstraße 7, **Inhaber der Firma Heinrich Dröll 5., Sortimentsgroßhandel**, 607 Langen, Liebigstr. 7, ist am 2. Oktober 1969, um 10.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Folgende Verfügungsbeschränkungen wurden dem Schuldner auferlegt:

Der Schuldner darf Grundbesitz sowie Werte über 100,— DM nur mit Zustimmung des Vergleichsverwalters verkaufen. Ebenso ist die dingliche Belastung der Grundstücke untersagt, Verbindlichkeiten dürfen nur mit Zustimmung des Verwalters eingegangen werden.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Dr. Rosenkranz sen., Langen, Gartenstr. 84.

Vergleichstermin: Mittwoch, den 29. Oktober 1969, um 10.00 Uhr, im kleinen Saal der Turnhalle in Langen (Hessen), Jahnplatz 1.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald zweifach anzumelden.

Eröffnungsantrag nebst Anlagen sowie das Ermittlungsergebnis liegen auf Zimmer 19 des Gerichtsgebäudes Langen (Hessen), Darmstädter Str. 27, zur Einsichtnahme der Beteiligten, auf.

607 Langen (Hessen), 2. 10. 1969

Amtsgericht

3435**Beschluß**

7 N 23/69 — **Konkursverfahren**: Über den Nachlaß der in Niederselters (Krs. Limburg), Parkstraße 9, wohnhaft gewesenen **Frau Gertrud Künzel, geb. Deisel** (Erben: Wolfgang Künzel, Volker Künzel und Stephan Künzel, wohnhaft in Niederselters,

wird heute, am 2. Oktober 1969, um 16.00 Uhr, der Konkurs eröffnet.

Steuerbevollmächtigter **Toni Wisser**, Elz (Krs. Limburg), Freiherr-v.-Steinstraße 74, ist Konkursverwalter.

Anmeldefrist der Konkursforderung bis 20. 10. 1969. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 3. 11. 1969, um 15.00 Uhr. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 19. 10. 1969.

625 Limburg (Lahn), 2. 10. 1969

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3436

K 4/68: Das im Grundbuch von Bieben, Band 6, Blatt 189, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bieben, Flur 1, Flurstück 93/2, Hof- und Gebäudefläche, Hekkebachweg, Größe 10,06 Ar,

soll am 5. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amtshof, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. April 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eisenbahnfacharbeiter **Fritz Krämer** und

Ehefrau **Elfriede, geb. Tauber, Eckweibach, Krs. Fulda**, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 32 086,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

632 Alsfeld, 30. 9. 1969

Amtsgericht

3437

4 K 43/68: Die im Grundbuch von Unter-Hambach, Band 9, Blatt 514, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Unter-Hambach, Flur 2, Flurstück 284, Ackerland (Obstbaumstück), In der Kritz, Größe 7,69 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Unter-Hambach, Flur 2, Flurstück 285, Ackerland, Grünland und Brunnenkammer, In der Kritz, Größe 12,75 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Unter-Hambach, Flur 2, Flurstück 287, Weingarten, In der Kritz, Größe 11,69 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Unter-Hambach, Flur 2, Flurstück 288, Weingarten, In der Kritz, Größe 1,50 Ar,

sollen am 3. Dezember 1969, um 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. März 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): **Anna Maria Katharina Schreiner, geb. Petermann**, Witwe des Polizeiwachmeisters **Willy Schreiner**, in Mainz.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 24. 9. 1969

Amtsgericht

3438

4 K 52/65: Die im Grundbuch von Heppenheim, Band 23, Blatt 2037, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Heppenheim, Flur 4, Flurstück 34/1, Hof- und Gebäudefläche, Fischweier 51, Größe 2,94 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Heppenheim, Flur 4, Flurstück 35, Hof- und Gebäudefläche, zu Fischweier 51, Größe 2,94 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Heppenheim, Flur 4, Flurstück 36, Grünland (Obstbaumstück), Im Kirschhäuser Tal, Größe 21,12 Ar,

sollen am 10. Dezember 1969, um 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wilhelmstraße Nr. 26, 1. Stock, Zimmer 203, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. Mai 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): **Maria Küpper, geb. Schuhe**, Ehefrau des **Kaufmanns Josef Küpper**, Fischweier bei Heppenheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 29. 9. 1969

Amtsgericht

3439

K 7/67: Das im Grundbuch von Holzhausen, Band 23, Blatt 989, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Holzhausen, Flur 19, Flurstück 96/1, Hof- und Gebäudefläche, Eckerstraße 14, Größe 2,32 Ar,

soll am Dienstag, dem 25. November 1969, um 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. März 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Feinmechanikers Christoph Uhl, Katharina, geb. Lang, in Holzhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 1. 10. 1969 Amtsgericht

3440

K 72/68: Die im Grundbuch von Gedern, Band 35, Blatt 2101, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Gedern:

Nr. 20, Flur 9, Nr. 49, Grünland, am Mittelweg, Größe 207,10 Ar,

Nr. 21, Flur 10, Nr. 161, Grünland, die Mühlacker, Größe 43,16 Ar,

Nr. 22, Flur 23, Nr. 109, Grünland, im kurzen Hain, Größe 37,00 Ar,

Nr. 23, Flur 23, Nr. 110, Steinbruch, daselbst, Größe 14,66 Ar,

Nr. 24, Flur 23, Nr. 133, Ackerland und Grünland, auf der wilden Frau Haus, Größe 194,40 Ar,

Nr. 25, Flur 23, Nr. 137, Grünland, daselbst, Größe 56,20 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 3. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Sept. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Steinbruchsbesitzer Rudolf Rössner, in Gedern.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 19. 9. 1969 Amtsgericht

3441

K 94/68 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Altenstadt, Band 35, Blatt 1462, eingetragene und in der Gemarkung Altenstadt gelegene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 19, Nr. 53, Hof- und Gebäudefläche, Amselweg 30, Größe 7,43 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 — Sitzungssaal — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 12. 1968 / 22. 1. 1969 (Tage der Versteigerungsvermerke): Arbeiter Georg Fedtke und dessen Ehefrau Mathilde, geb. Krieg, in Altenstadt.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 95 000,— DM, bzw. auf 47 500,— DM je Einhalbmiteigentumsanteil der Eheleute.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 29. 9. 1969 Amtsgericht

3442

K 53/68 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Bleichenbach, Band 19, Blatt 1112, eingetragene und in der Gemarkung Bleichenbach belegene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Nr. 115/4, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße, Größe 7,51 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. November 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 — Sitzungssaal — durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 8. / 4. 9. 1968 (Tage der Versteigerungsvermerke): Hildegard Maul, Witwe, geb. Brückmann, in Bleichenbach, und Mechaniker Heinrich Maul, daselbst, je zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 143 000,— DM.

Der Wert der ideellen Hälfte ist auf 71 500,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 2. 10. 1969 Amtsgericht

3443 Beschluß

5 K 10/67: Die im Grundbuch von Griedel, Band 35, Blatt 1231, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griedel, Flur 1, Flurstück 238/1, Hof- und Gebäudefläche, Angerberg 7 und 9, Größe 2,07 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Griedel, Flur 1, Flurstück 251, Gartenland, Kleinbachstraße, Größe 2,14 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Griedel, Flur 1, Flurstück 240, Hof- und Gebäudefläche, Angerberg 7 und 9, Größe 3,41 Ar,

sollen am 10. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Butzbach, Färbgasse Nr. 24, Zimmer Nr. 1 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Juni 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bauunternehmer Heinz Rühl, in Rockenberg.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

a) bezüglich Flur 1, Flurstück 238/1 auf 5450,— DM;

b) bezüglich Flur 1, Flurstück 251 auf 2140,— DM;

c) bezüglich Flur 1, Flurstück 240 auf 54 410,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 29. 9. 1969 Amtsgericht

3444

61 K 40/67: Die im Grundbuch von Messel, Band 44, Blatt 1765, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Messel, Flur 10, Flurstück 84, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Außerhalb 8, Größe 32,30 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Messel, Flur 6, Flurstück 93, Ackerland (Obstb.), auf dem Urbaracher Weg, links, Größe 33,14 Ar,

sollen am 11. Dezember 1969, um 11.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 506, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Juli 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Gärtner Johann Friedrich Rück, in Messel;

b) dessen Ehefrau Maria Rück, geb. Kern, daselbst,

in Gütergemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 1. 10. 1969

Amtsgericht, Abt. 61

3445

3 K 26/67: Das im Grundbuch von Eppertshausen, Band 44, Blatt 1947, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Eppertshausen, Flur III, Flurstück 208/1,

soll am Freitag, dem 28. Nov. 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstraße, Zimmer Nr. 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. Nov. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ewald Veith, Immobilienkaufmann, in Frankfurt (Main).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

611 Dieburg, 1. 10. 1969 Amtsgericht

3446

K 4/68: I. Das im Grundbuch von Eltville, Band 23, Blatt 1170, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Eltville, Flur 21, Flurstück 683/22, Hof- und Gebäudefläche, Balduinstraße 2, Größe 2,77 Ar,

II. sowie die im Grundbuch von Kiedrich, Band 8, Blatt 237, eingetragenen Grundstücke, sämtlich in Kiedrich belegen:

lfd. Nr. 1, Flur 15, Flurstück 39, Gartenland, Im Grund, Größe 15,21 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 15, Flurstück 58, Gartenland, Im Grund, Größe 7,61 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 15, Flurstück 56, Gartenland, Im Grund, Größe 7,41 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 15, Flurstück 37, Gartenland, Im Grund, Größe 6,49 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 15, Flurstück 54, Ackerland (Obstbau), Im Grund, Größe 13,29 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 15, Flurstück 55, Gartenland, Im Grund, Größe 12,12 Ar,

sollen am 15. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eltville, Schwalbacher Straße 40, Zimmer 11, im I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Oktober 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu I. u. II: 3 a) Berta Strominski, geb. Friedmann, Biesingen;

b) Karola Zaza, geb. Friedmann, Straßburg;

c) Anna Wiedmaier, geb. Friedmann, Tübingen;

d) Frieda Kopp, geb. Friedmann, Mannheim;

e) Matrose Josef Günther Friedmann, Kehl;

f) Hausangestellte Maria Friedmann, Koblenz;

g) Renate Friedmann, Bonn;

h) Bertha Friedmann, geb. Dockendorf, Eltville;

i) Hans Dockendorf, Eltville;

k) Fritz Dockendorf, Dessau;

zu a) bis k) in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollesteigerungen“ wird hingewiesen.

6228 Eltville (Rhein), 2. 10. 1969

Amtsgericht

3447**Beschluß**

K 18/68: Die im Grundbuch von Frankenberg, Band 155, Blatt 5580, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankenberg, Flur 10, Flurstück 31, Gartenland, Goßbergstraße 1, Größe 3,46 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Frankenberg, Flur 10, Flurstück 32, Tennisplatz, daselbst, Größe 11,64 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Frankenberg, Flur 10, Flurstück 33, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, daselbst (Goßberg-Hotel), Größe 25,10 Ar,

sollen am 10. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Geismarer Straße 22, Zimmer Nr. 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 9. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Kaufmanns Ludwig Blom, Brigitte, geb. Kositzki, in Frankenberg (Eder), jetzt: Wehrda.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 3. 4. 1969 wie folgt festgesetzt worden: lfd. Nr. 1 auf 1700,— DM; lfd. Nr. 2 auf 5800,— DM; lfd. Nr. 3 auf 268 500,— DM; zusammen: 276 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg (Eder), 3. 10. 1969

Amtsgericht

3448**Beschluß**

K 6/69 — 2. Okt. 1969: Die im Grundbuch von Niedenstein, Band 29, Blatt 947, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Niedenstein, Flur 13, Flurstück 24/1, Lieg.-B. 697, Ackerland, im Faß, Größe 93,01 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Niedenstein, Flur 13, Flurstück 24/2, Weg, im Faß, Größe 5,78 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Niedenstein, Flur 13, Flurstück 25/8, Weg, im Faß, Größe 2,35 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Niedenstein, Flur 13, Flurstück 23/2, Ackerland, im Faß, Größe 29,43 Ar,

sollen am 12. Dez. 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schladenweg Nr. 1, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 1. April 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Haus- und Gewerbebaugesellschaft mit beschränkter Haftung, in Bad Hersfeld.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt: Nr. 2 auf 111 612,— DM; Nr. 3 auf 6936,— DM; Nr. 4 auf 2820,— DM; Nr. 6 auf 35 316,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

358 Fritzlar, 2. 10. 1969

Amtsgericht

3449**Beschluß**

K 2/67 — 2. Okt. 1969: Das im Grundbuch von Wabern, Band 24, Blatt 1037, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wabern, Flur 6, Flurstück 106/5, Lieg.-B. 795, Hof- und Gebäudefläche, Fritzlarer Straße 27, Größe 5,09 Ar,

soll am 16. Januar 1970, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schladenweg Nr. 1, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. März 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Versicherungsgestellter Emanuel Mayer und Martha Elisabeth Mayer, geb. Otto, in Wabern, je zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 65 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

358 Fritzlar, 2. 10. 1969

Amtsgericht

3450**Beschluß**

K 45/68 — 2. Okt. 1969: Das im Grundbuch von Wabern, Band 14, Blatt 327, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wabern, Flur 8, Flurstück 70, Geb.-B. 153, Hof- und Gebäudefläche, Wimmer 2, Größe 2,45 Ar,

soll am 16. Januar 1970, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schladenweg Nr. 1, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. Sept. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Georg Reyer, in Wabern.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

358 Fritzlar, 2. 10. 1969

Amtsgericht

3451

5 K 45/66: Das im Grundbuch von Eichenzell, Band 18, Blatt 646, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eichenzell, Flur 3, Flurstück 47/18, Lieg.-B. 571, Hof- und Gebäudefläche, Im Streich, Größe 8,28 Ar,

soll am 11. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstraße 38, Zimmer Nr. 34, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 17. Okt. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Horst Kram, in Eichenzell.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 103 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 1. 10. 1969

Amtsgericht

3452

K 38/69: Die im Grundbuch von Niedergründau, Band 21, Blatt 528, eingetragenen Grundstücke, zu 1/2,

Nr. 1, Gemarkung Niedergründau, Flur 8, Flurstück 288/210, Lieg.-B. 720, Geb.-B. 9, Hof- und Gebäudefläche, Untergasse 25, Größe 2,15 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Niedergründau, Flur 8, Flurstück 231, Gartenland, Untergasse 25, Größe 5,88 Ar,

sollen am 28. November 1969, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. Juli 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Marie Hofrock, geb. Riess, in Niedergründau.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt: auf 4000,— DM für 1/2 von Flur 8, Flurstück 288/10; auf 3000,— DM für 1/2 von Flur 8, Flurstück 231.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 30. 9. 1969

Amtsgericht

3453**Beschluß**

42 K 104/68: Die im Grundbuch von Watzenborn-Steinberg, Band 44, Blatt 1936, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Watzenborn-Steinberg, Flur 1, Flurstück 389, Lieg.-B. 2036, Gartenland am Rosengrund, Größe 5,68 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Watzenborn-Steinberg, Flur 1, Flurstück 340, Ackerland (Obstb.), auf dem Steinkreuz, Größe 7,00 Ar,

sollen am 16. 12. 1969, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 1. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Schreinermeister Anton Adelt in Gießen, Riegelpfad 80, b) dessen Ehefrau Josefine geb. Schaller, daselbst, zu je 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: lfd. Nr. 1 = 10 000,— DM, lfd. Nr. 2 = 112 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 18. 9. 1969

Amtsgericht

3454

2 K 14/69: Das im Grundbuch von Groß-Gerau, Band 80, Blatt 4054, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Groß-Gerau, Flur 19, Flurstück 262, Hof- und Gebäudefläche, Margarethenstraße 4, Größe 4,68 Ar,

soll am 18. November 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Groß-Gerau, Arbeitsamtgebäude, Oppenheimer Str. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. März 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Ernst Rothenstein, Kaufmann, Groß-Gerau;

b) seine Ehefrau Elisabeth Rothenstein, geb. Fückel, daselbst, zu je einhalb.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 30. 9. 1969

Amtsgericht

3455

2 K 8/69: Die im Grundbuch von Mörfelden, Band 74, Blatt 4613, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 3, Gemarkung Mörfelden, Flur 20, Flurstück 44/1, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Oberwald, Größe 75,72 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Mörfelden, Flur 20, Nr. 45, Ackerland, Auf dem Oberwald, Größe 33,13 Ar,

Nr. 5, Gemarkung Mörfelden, Flur 20, Nr. 60/6, Ackerland, über dem Mittelweg, Größe 18,44 Ar,

sollen am 9. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude (Arbeitsamtsgebäude), Oppenheimer Straße 4, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. Febr. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Alwin Langlitz, Walldorf, An den Eichen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

608 Groß-Gerau, 1. 10. 1969

Amtsgericht

3456

41 K 103/68: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Oberrodenbach, Band 30, Blatt 1191, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberrodenbach, Flur 4, Flurstück 134, Hof- und Gebäudefläche, Somborner Straße 24, Größe 6,09 Ar,

am 28. 11. 1969, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. Nov. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Mechaniker Heinz Milke, in Oberrodenbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 250 000,— DM festgesetzt.

Bietler haben auf Verlangen Sicherheit in Höhe von 10 % des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 26. 9. 1969

Amtsgericht, Abt. 41

3457

2 K 25/69: Das im Grundbuch von Erdbach, Band 19, Blatt 623, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Erdbach, Flur 16, Flurstück 45, Hof- und Gebäudefläche, Am Lenkersrain, Größe 7,16 Ar,

soll am 4. Dezember 1969, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. Juni 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Kaufmann Manfred Winkel und Christel geb. Hauhs in Erdbach — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 113 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborn, 23. 9. 1969

Amtsgericht

3458

6 K 10/68, 6 K 43/68, 2 K 5/69: Die im Grundbuch von Ballersbach: a) Band 31, Blatt 1046; b) Band 2, Blatt 64 A, eingetragenen Grundstücke,

Nr. a) 1, Gemarkung Ballersbach, Flur 24, Flurstück 75, Ackerland, An der Helgenland, 1. Gewinn, Größe 10,20 Ar,

Nr. a) 2, Gemarkung Ballersbach, Flur 30, Flurstück 104, Ackerland, Vor der Anwand, 2. Gewinn, Größe 4,21 Ar,

Nr. b) 1, Gemarkung Ballersbach, Flur 11, Flurstück 70/4, Hof- und Gebäudefläche, In den Stück, Größe 6,55 Ar,

sollen am 27. November 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Herborn, Westerwaldstraße 16, Zimmer Nr. 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer:

zu a): am 10. April 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Krankenpfleger Lothar Müller, in Ballersbach;

zu b): 10. Januar 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schreiner Lothar Müller, in Ballersbach — zur Hälfte;

am 23. April 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): dessen Ehefrau, Gudrun Müller, geb. Hartmann, in Ballersbach — zur Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: zu Flur 24, Flurstück 75 auf 164,16 DM; zu Flur 30, Flurstück 104 auf 134,72 DM und zu Flur 11, Flurstück 70/4, auf 33 820,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6348 Herborn, 10. 9. 1969

Amtsgericht

3459

51 K 64/69: Das im Grundbuch von Kassel, Band 192, Blatt 4267, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 5, Gemarkung Kassel, Flur N, Flurstück 29/1, Lieg.-B. 3750, Hof- und Gebäudefläche, Gartenland, Sommerweg 14, Größe 21,34 Ar,

soll am 13. Januar 1970, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 143 (Saalbau), zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. Juli 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Erika Sänger, Kassel,
 - b) Falk-Reimar Sänger, Quentel,
 - c) Sonngard Regina Sänger, Quentel,
- in Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 18. 9. 1969

Amtsgericht

3460

51 K 117/68: Das im Grundbuch von Wolfsanger, Band 12, Blatt 332, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis

lfd. Nr. 15, Gemarkung Wolfsanger, Flur 16, Flurstück 40/1, Lieg.-B. 298, Hof- und Gebäudefläche, Wolfsanger Straße 145, Größe 5,98 Ar,

soll am 8. Januar 1970, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 9, Zimmer 106, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerinnen am 22. 11. 1968 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) ledige Liselotte Katharina Georgine Ullrich;

b) Frau Ingeborg Gundlach, geb. Ullrich, beide in Kassel-Wolfsanger, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 1. 10. 1969

Amtsgericht

3461

5 K 41/67 — Terminbestimmung zur Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Langendorf belegene, im Grundbuch von Langendorf, Blatt 163, eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück,

am Donnerstag, dem 30. Oktober 1969, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 10, Flurstück 173, Hof- und Gebäudefläche, im Dorf, Haus Nr. 59, Größe 10,17 Ar.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist bezüglich der Grundstückshälfte Margot Krewitt am 29. Nov. 1967 und bezüglich der Grundstückshälfte Ludwig Krewitt am 23. Januar 1969 eingetragen worden.

Als Eigentümer waren damals der Gesenkschmied Ludwig Krewitt und dessen Ehefrau Margot, geb. Schweitzer, in Langendorf, je zur Hälfte eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 8. 4. 1969 ist gem. § 74 a ZVG der Wert des Grundstücks auf 65 000,— DM (i. W.: fünfundsechzigtausend Deutsche Mark) festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 2. 10. 1969

Amtsgericht

3462**Beschluß**

7 K 26/69: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Seehof, Band 2, Blatt 9, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Seehof, Flur 2, Flurstück 28, Ackerland, Viehweide, Größe 182,89 Ar; Unland, Größe 9,00 Ar,

soll am Mittwoch, dem 26. November 1969, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. März 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Adalbert Neyer und Ehefrau Maria, geb. Zehnauer, in Hüttenfeld, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 46 622,50 DM.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 14. 8. 1969

Amtsgericht

3463

K 19/68: Das im Grundbuch von Ulrichstein, Band 32, Blatt 1291, eingetragene Grundstück,

Nr. 26, Gemarkung Ulrichstein, Flur 9, Flurstück 55/1, Hof- und Gebäudefläche, Ohmstraße 18, Größe 6,65 Ar,

soll am 9. Dez. 1969, um 14.15 Uhr, im Gemeinderatszimmer der Stadt Ulrichstein, in Ulrichstein, Ludwigstraße 21 (Apothekengebäude), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. Aug. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurermeister Friedrich Appel, in Ulrichstein.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 52 080,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

642 Lauterbach, 29. 9. 1969 **Amtsgericht**

3464

K 2/68: In dem Zwangsversteigerungsverfahren des im Grundbuch von Ilbeshausen, Blatt 771, auf den Namen des Hrch. Gabriel, Ilbeshausen, eingetragenen Grundstücks, Flur 3, Nr. 43/6, Hof- und Gebäudefläche, Oberdörfer Hütung, Größe 20,69 Ar, ist der Versteigerungstermin vom 22. Oktober 1969 aufgehoben worden.

642 Lauterbach, 1. 10. 1969 **Amtsgericht**

3465

K 59/69: Die im Grundbuch von Michelstadt, Band 47, Blatt 2058, und Band 40, Blatt 1847, eingetragenen Grundstücke,

Flur 11, Flurstück 52/6, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 2, Größe 8,94 Ar, und

Flur 11, Nr. 52/5, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 39, Größe 3,42 Ar,

sollen am Dienstag, 2. Dez. 1969, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. April 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gudrun Motz, geb. Friedrich, Michelstadt.

Der Wert des Grundstücks wurde gem. § 74 a ZVG festgesetzt auf 356 990,— DM.

Bieter müssen u. Umst. damit rechnen, $\frac{1}{10}$ ihres Gebotes im Termin in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 1. 10. 1969 **Amtsgericht**

3466

K 16/69: Die im Grundbuch von Eichelsachsen, Band 10, Blatt 680, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Eichelsachsen:

Nr. 16, Flur 9, Nr. 95, Grünland, in der Strutwiese, Größe 31,72 Ar,

Nr. 19, Flur 8, Nr. 30, Ackerland, der Kirchberg, Größe 31,95 Ar,

Nr. 20, Flur 1, Nr. 97, Hof- und Gebäudefläche, Schotter Weg 1, Größe 3,55 Ar,

Nr. 22, Flur 18, Nr. 95, Grünland, hinter der Mühle im Geaums, Größe 32,35 Ar,

Nr. 23, Flur 1, Nr. 139/2, Grünland, auf dem Wieshof, Größe 6,72 Ar,

sollen am Donnerstag dem 18. 12. 1969, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda — zur Aufhebung der Gemeinschaft — versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Juni 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Wilhelm Otto Weber, Eichelsachsen (verstorben).

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf insgesamt 28 415,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 29. 9. 1969 **Amtsgericht**

3467

K 45/68: Die im Grundbuch von Merenberg, Band 24, Blatt 697, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Merenberg, Flur 7, Flurstück 26, Hof- und Gebäudefläche, Schloßbergstraße 30, Größe 4,62 Ar,

Nr. 2, Flur 7, Flurstück 30, desgl., Größe 0,47 Ar,

sollen am 26. November 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 9. 1968 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ingenieur Walter Kurz, Merenberg.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 25. 9. 1969 **Amtsgericht**

3468**Beschluß**

2 K 21/64: Die im Grundbuch von Weilmünster,

a) **Band 31, Blatt 902:**

lfd. Nr. 43 (Gemarkung Weilmünster), Flur 27, Flurstück 5, Acker, ober der Allwies, Größe 101,85 Ar,

b) **Band 23, Blatt 677:**

lfd. Nr. 10 (Gemarkung Weilmünster), Flur 27, Flurstück 4/1, Acker, ober der Allwies, Größe 16,80 Ar,

c) **Band 39, Blatt 1143:**

lfd. Nr. 22 (Gemarkung Weilmünster), Flur 27, Flurstück 4/2, Acker, ober der Allwies, Größe 54,10 Ar,

eingetragenen Grundstücke sollen am 10. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mauerstraße 25, Zimmer Nr. 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Oktober 1964 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu a) und b): Witwe Luise Radu, geb. Radu, in Weilmünster;

zu c): Witwe Luise Radu, geb. Radu; Klempner und Installateur Erich Radu; Irma Radu, alle in Weilmünster, als Miteigentümer, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 30. 9. 1969 **Amtsgericht**

3469

K 9/69: Das im Grundbuch von Gaudernbach, Band 10, Blatt 359, eingetragene Grundstück,

Nr. 18, Gemarkung Gaudernbach, Flur 17, Flurstück 41, Acker, in der Langheck, Größe 56,44 Ar,

soll am 3. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer Nr. 24, auf Antrag des Konkursverwalters versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. März 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Irma Anna Küster, geb. Stoll, Gut Liebfrauental bei Eich (Rheinhausen).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 29. 9. 1969 **Amtsgericht**

3470

K 55/68: Das im Grundbuch von Philippstein, Band 22, Blatt 632, eingetragene Grundstück,

Nr. 4, Gemarkung Philippstein, Flur 5, Flurstück 440/5, Hof- und Gebäudefläche, Kirschgarten, Größe 6,97 Ar,

soll am 17. Dezember 1969, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer Nr. 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Januar 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Bergmann Hugo Pferr;
- dessen Ehefrau Pauline, geb. Dietrich;
- Maschinist Gerhard Zirkel;
- dessen Ehefrau Ingeborg, geb. Menekes;

sämtliche wohnhaft in Philippstein, als Miteigentümer, zu je $\frac{1}{4}$ Idealanteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 2. 10. 1969 **Amtsgericht**

3471

K 6/69: Das im Grundbuch von Waldernbach, Band 14, Blatt 537 A, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Waldernbach, Flur 25, Flurstück 61, Hof- und Gebäudefläche, Rubrain, Größe 7,00 Ar,

soll am 7. Januar 1970, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. März 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Bauhilfsarbeiter Johann Peters und Anna, geb. Jöhlich, in Waldernbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg, 2. 10. 1969 **Amtsgericht**

3472

3 K 49/69: Die ideelle Grundstücks-hälfte des im Grundbuch von Bechlingen, Band 11, Blatt 492, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Bechlingen, Flur 2, Flurstück 10, Hof- und Gebäudefläche, auf'm Nickel, Größe 10,44 Ar,

soll am 31. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. Juli 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bruno Foelkel, in Bechlingen.

Der Wert des ganzen Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf 79 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 1. 10. 1969 Amtsgericht

3475

3 K 12, 31/69: Die im Grundbuch von Kölschhausen, Band 21, Blatt 978, und der hälftige Anteil des Ehemannes an dem im Grundbuch von Dreisbach, Band 15, Blatt 676, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Kölschhausen, Flur 4, Flurstück 129, Garten, in der Sauerwies, Größe 3,69 Ar; Wert: 1845,— DM,

Nr. 2, Gemarkung Kölschhausen, Flur 7, Flurstück 27, Hof- und Gebäudefläche, Kölschhausen, Haus Nr. 42, 43, Größe 3,45 Ar; Wert: 53 000,— DM,

Nr. 3, Gemarkung Kölschhausen, Flur 17, Flurstück 23/2, Ackerland, hinterste Koppenstück, Größe 25,80 Ar; Wert: 544,— DM,

Nr. 1, Gemarkung Dreisbach, Flur 9, Flurstück 54, Ackerland, auf der Wüsterung, Größe 43,28 Ar; Wert: 775,— DM,

Nr. 2, Gemarkung Dreisbach, Flur 9, Flurstück 131, Ackerland, auf der Hardt, Größe 4,21 Ar; Grünland, auf der Hardt, Größe 13,83 Ar; Wert: 378,— DM,

sollen am 17. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wetzlar, Wertherstraße 2, durch Zwangsvolleistellung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 2. bzw. 31. 3. 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Engelbert Bennek und Luise, geb. Benner, in Kölschhausen, zu je 1/2.

Der Wert der Grundstücke in Kölschhausen, sowie der ganze Wert der Grundstücke in Dreisbach, wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf die vorstehend genannten Beträge festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 29. 9. 1969 Amtsgericht

3474

3 K 48/69: Das im Grundbuch von Wißmar, Band 49, Blatt 1741, eingetragene Grundstück,

Nr. 4, Gemarkung Wißmar, Flur 13, Flurstück 118/9, Hof- und Gebäudefläche, auf der Hohl, Größe 8,02 Ar,

soll am 10. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wer-

therstraße 2, Zimmer 49, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. August 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Walter Becker und Gudrun, geb. Klöppel, in Wißmar, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 1. 10. 1969 Amtsgericht

3475

Beschluß

61 K 40/69: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Innen, Band 266, Blatt 3967, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 64, Flurstück 846/85, Lieg.-B. 1643, Hof- und Gebäudefläche, Rauthaler Straße 18, Größe 4,92 Ar,

soll am 18. Dezember 1969, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243, durch Zwangsvolleistellung versteigert werden.

Eigentümer am 20. Juni 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelm Kleemann, Mainz-Bretzenheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 256 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 25. 9. 1969 Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

3476

Veränderungen im Vorstand der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt/Main.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1969 wurde Herr Landesbankdirektor Gustav Bothe — bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Hessischen Landesbank — Girozentrale —, Frankfurt/Main — zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes berufen.

6 Frankfurt/Main, 1. 10. 1969

Hessische Landesbank
— Girozentrale —

3477

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

Dem Unternehmen

Hans Horn, Inh. Tassilo Horn, 6101 Wixhausen, Messeler Straße 110,

wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

**von a) Wixhausen nach Rüsselsheim
b) Dst.-Arheilgen**

über a) Gräfenhausen — Schneppenhausen — Braunshardt — Worfelden — Klein-Gerau — Groß-Gerau (Hof Schönau),

b) Darmstadt — Gräfenhausen (Mörfelden — Haßloch)

bis zum 30. 9. 1977 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht des Landrates des Landkreises Darmstadt (§ 54 PBefG).

61 Darmstadt, 29. 9. 1969

Der Regierungspräsident in Darmstadt
IV 2 — 66 f 02/07 (5)

3478

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen.

Dem Unternehmen

Zweckverband für den Kraftwagenbetrieb „Nördliches Ried“, 6091 Trebur, Rüsselsheimer Straße 58,

wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

von Nauheim nach Gustavsburg

über Trebur — Astheim — Bauschheim — Ginsheim bis zum 30. 9. 1977 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht der Genehmigungsbehörde (§ 54 PBefG).

61 Darmstadt, 29. 9. 1969

Der Regierungspräsident in Darmstadt
IV 2 — 66 f 02/07 (8)

3479

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen.

Dem Verkehrsunternehmen

Zweckverband für den Kraftwagenbetrieb „Nördliches Ried“, Trebur, Rüsselsheimer Straße 58,

wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

von Ginsheim nach Rüsselsheim über Bauschheim

bis zum 30. 9. 1977 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt gem. § 54 PBefG der Aufsicht der Genehmigungsbehörde.

61 Darmstadt, 1. 10. 1969

Der Regierungspräsident in Darmstadt
IV 2 — 66 f 02/07 — 2 — (10)

Öffentliche Ausschreibungen

3480

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau und Verlegung der Bundesstraße Nr. 7 bei Küchen und Hasselbach; hier: Km 31,863 - Bau-km 0,0 - 40 bis 0,7 + 50 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- rd. 7 500 cbm Mutterboden abtragen
- rd. 28 000 cbm Erdbewegung
- rd. 5 300 cbm Frostschuttschicht (20 bzw. 30 cm dick)
- rd. 9 700 qm bit. Unterbau 0/35 mm (12 cm dick)
- rd. 9 500 qm 1. Asphaltbinderschicht 0/25 mm (5 cm dick)
- rd. 9 400 qm 2. Asphaltbinderschicht 0/18 mm (3,5 cm dick)
- rd. 9 400 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/8 mm (3,5 cm dick)
- rd. 4 200 qm Wirtschaftswege

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 250 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 15. Oktober 1969 anzufordern. Diese werden dann in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 20,- DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/M. 6753 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 161 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 30. Oktober 1969, um 10.00 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Eschwege. Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage.

344 Eschwege, 2. 10. 1969

Hessisches Straßenbauamt

3481

Hanau: Folgende Bauleistungen sollen öffentlich vergeben werden: Neubau einer Brücke im Zuge der Landesstraße Nr. 3430 über das Schmidwasser - Bau-km 0 + 057 bei Uttrichshausen Krs. Schlüchtern.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

- ca. 500 cbm Bodenaushub
- ca. 120 cbm Stahlbeton B 300 für Fundamente, Widerlager und Flügel, sowie für Überbau
- ca. 80 stgdm Stahlbeton Rampaufahle 30/30
- ca. 12 t Stahl
- ca. 30 lfd. m Geländer
- ca. 50 qm Isolierung, Fahrbahndecke
- ca. 120 qm Sohlpflaster aus Betonverbundsteinen, und Verschiedenes

Bauzeit: 84 Werktage nach Zuschlagserteilung.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung von DM 15,-, ab Freitag, den 10. Oktober 1969 beim Hessischen Straßenbauamt Hanau, Hanau/Main, Hainstr. 32, abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Hanau - Postscheckkonto Frankfurt/M. 6752 - unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen und die Quittung hier vorzulegen.

Eröffnungstermin ist Mittwoch, der 22. Oktober 1969, um 11.00 Uhr.

Die Eröffnung findet beim Hessischen Straßenbauamt Hanau statt. Zuschlags- und Bindefrist: 7. November 1969.

645 Hanau, 2. 10. 1969

Hessisches Straßenbauamt

3482

Marburg: Die Bauleistungen für den Ausbau der B 454 zwischen Kirchhain und Stadt Allendorf von Str.-km 11,346 - 14,650 sollen vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

- 60 000 cbm Erdbewegung
- 45 000 t Frostschutzmaterial d. K. 0/35 mm
- 30 000 qm bit. Tragschicht (12 cm dick) und Decke (12 cm dick)

und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 450 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von 15,- DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg/Lahn, Gutenbergstraße 29, Postscheckkonto Frankfurt/Main Nr. 6758 oder bei der Kreissparkasse Marburg, Kto.-Nr. 26, einzuzahlen.

Meldeschluss am 17. 10. 1969.

Eröffnungstermin: 11. 11. 1969, um 10.00 Uhr, im Zimmer 14, des Hessischen Straßenbauamtes, Marburg (Lahn), Ketzlerbach 11. Zuschlags- und Bindefrist: 11. 12. 1969.

Marburg (Lahn), 2. 10. 1969

Hessisches Straßenbauamt

3483

Beim Landkreis Friedberg/H.,

180 000 Einwohner, ist die Stelle eines

Kreis(ober)bauinspektors

in der Bauaufsicht mit einem Bauingenieur (grad.) zu besetzen.

Sofern die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, ist die Beschäftigung im Angestelltenverhältnis (BAT IVb/a) möglich.

Das Aufgabengebiet umfaßt die selbständige baurechtliche, ggf. auch statische Prüfung der Bauanträge und die bauaufsichtliche Überwachung eines Bauaufsichtsbezirks des Kreises. Entsprechende Vorkenntnisse sind erwünscht.

Außer einer gesicherten Dauerstellung bieten wir Beihilfen in Krankheitsfällen, Urlaubsgeld, Trennungentschädigung, Umzugskosten und verbilligten Mittagstisch.

Bewerbungen werden erbeten an den

Kreisausschuß des Landkreises Friedberg/H.

- Zentralabteilung -

636 Friedberg, Kaiserstraße 136



schulmöbel

Weshalb sind VS-Schulmöbel die meistgekauften in Deutschland? Weil sie sich durch orthopädische und funktionell richtige Gestaltung, gute Form und unübertroffene Haltbarkeit auszeichnen.

Vereinigte Schulmöbelfabriken KG 6972 Tauberbischofsheim Niederl. 6313 Homberg, Herderstraße 1

3484

Die Stadt Hochheim

(10 500 Einwohner, Ortsklasse A) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

einen **Stadt(ober)inspektor**

für die Bauverwaltung. Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 9 (A 10) des Hess. Besoldungs-Gesetzes.

Der Bewerber muß die II. Verwaltungsprüfung (Inspektorenprüfung) abgelegt haben. Umfassende Kenntnisse im Bau-recht und in der Bauverwaltung sind aufzuweisen.

Die Bewerbungsunterlagen erbitten wir an den
MAGISTRAT DER STADT HOCHHEIM / Personal.

Bei telefonischen Rücksprachen sind wir für Sie während der Dienststunden immer da (Tel. 0 61 46 / 20 61 - 20 65).

3485

In der Gemeinde Daubringen,

Kreis Gießen (1800 Einwohner), ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

zu besetzen.

Die Wahlzeit beträgt 6 Jahre. Die Besoldung richtet sich nach dem Hessischen Besoldungsgesetz für Wahlbeamte. Bewerbungen mit lückenlosen Unterlagen sind bis zum 24. 10. 1969 mit der Aufschrift „Bürgermeisterwahl“ an den Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses,

Dieter Dort, 6301 Daubringen, Hauptstraße 61,

zu richten.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung

Der Wahlvorbereitungsausschuss
der Gemeinde Daubringen

Stätten gepflegter Gastlichkeit



TAUNUS-HOTEL

Rheinstraße 17-21, gegenüber der Rhein-Main-Halle
Telefon 0 61 21 / 3 97 91, FS 04186143

150 Betten · 60 Bäder

Restaurant und Hubertus-Klause

/ Konferenz- und Ausstellungsräume, Garagen, Parkpl.

Schloß-Hotel „Grüner Wald“

u. Schloßrestaurant, Wiesbaden, Marktstr. 10

Tel.-Sammel-Nr. 3 95 11 · Telex 04 186-719

Inhaber: Erich Köhler
Das gediegene und komfortable Haus in zentraler Lage,
150 Betten, Konferenz- und Ausstellungsräume für
Familienfeste und Tagungen. Gute Parkmöglichkeiten.
Internationale Küche.Eigene Thermalquellen, Pauschalkuren,
Thermalbäder, Massagen für Passanten,
alle Krankenkassen zugelassen
INHABER: FAMILIE BODECKER

BÄREN - Hotel, Restaurant und Badhaus

WIESBADEN · BÄRENSTRASSE 3 · FERNSPRECHER 30 10 21

Blum

das moderne, vollklimatisierte Hotel
das international bekannte Café
das exquisite Restaurant
Seit 1878 in Familienbesitz

Wiesbaden,

Wilhelmstr. 44-46, Tel. 0 61 21 - 3 96 11, FS 04-186692

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

ELEKTRO- **KERN** ANLAGEN- UND GERÄTEBAU

Ausführung sämtlicher Hochspannungs-, Starkstrom-, Neon-
und Antennenanlagen, Reparaturen, Projektierungen

FRANKFURT/MAIN-Nied · Mainzer Landstraße 691 · Tel. 38 33 88

DIPL.-ING. SCHEUERMANN u. MARTIN

Beratende Ingenieure VBI
Tiefbautechnisches Büro

WIESBADEN

Adolfstraße 14 · Tel.-Sa.-Nr. 37 20 85, 37 20 86

KANALISATION
KLARANLAGEN
WASSERVERSORGUNG
STRASSENBAU
BERATUNG
ENTWURF
BAULEITUNG

Anzeigenschluß

jeden Montag um 14 Uhr
für die am darauffolgenden Montag erscheinende
Ausgabe des Staats-Anzeiger

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 10,80 (einschließlich 5/10% = 0,56 DM MWSt.) Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil: Kurt Blum. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto: 62 Wiesbaden, Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 328; Deutsche Effecten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hessische Landesbank Frankfurt/Main, Girokonto 15 542. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigeneinnahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04-186 648. Preise von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,88, bis 40 Seiten DM 2,48, bis 48 Seiten DM 2,99, über 48 Seiten DM 3,24. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5/10 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M., 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 6 vom 1. 1. 1968. Umfang dieser Ausgabe 24 Seiten.